

7 Tagesordnung, öffentlich

Bgm. Mag. Nagl:

Damit ist unsere Fragestunde auch schon vorüber. Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Auch heute wurden wieder im Vorfeld alle Fragen, die schon als Beschluss gelten, zusammengefasst. Ich darf diese vortragen.

Einstimmiger Beschluss des Stückes 1, ebenso einstimmig Stück Nr. 2, einstimmig Stück Nr. 4, einstimmiger Beschluss beim Stück Nr. 6. Beim Stück Nr. 7 habe ich zwei Anmerkungen zu machen. Das eine ist, der Berichterstatter wird der Klubobmann Mag. Sippel sein und ich habe auch eine Befangenheit hier zu vermerken. Herr GR Haßler hat sich für befangen erklärt und wird dann an der Abstimmung nicht teilnehmen. Das Stück Nr. 8 ist ein einstimmiger Beschluss, das Stück Nr. 9 ist ein Beschluss mit den Gegenstimmen der KPÖ. Das Stück Nr. 10 ist ein einstimmiger Beschluss, das Stück Nr. 11 ein einstimmiger Beschluss, das Stück Nr. 12 wurde abgesetzt, das Stück Nr. 13 und auch Stück Nr. 14 sind einstimmige Beschlüsse, Stück Nr. 19 ist abgesetzt, Stück Nr. 20 einstimmiger Beschluss. Nachtrag öffentliches Stück Nr. 22 gegen die Stimmen der Grünen beschlossen, Stück Nr. 23, GR Muhr erklärt sich für befangen, ist aber noch zu beraten. Stück Nr. 24 ist beschlossen gegen die Stimmen von KPÖ, Grünen, SPÖ und Herrn GR Swatek. Stück Nr. 25 ist einstimmig, Stück Nr. 26 ist gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen. Einstimmig sind die Stücke Nr. 27 bis 30. Ebenso einstimmig die Stücke 36, bei 38 gibt es Gegenstimmen von KPÖ und SPÖ, 39 ebenso. Stück Nr. 42, einstimmiger Beschluss, Gegenstimmen von KPÖ und SPÖ, 43 auch gleiches Abstimmungsverhalten, gegen die Stimmen der KPÖ und SPÖ mehrheitlich beschlossen.

Vorsitzwechsel – Herr Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.52 Uhr)

En bloc:

**7.1 Stk. 1) Präs. 042612/2011/0006 Verein Club International – CINT,
Vertretung im Vorstand, Änderung**

Mag.^a Diana Materi wird anstelle von Mag. (FH) PhD Maximilian Mazelle als Vertretung der Landeshauptstadt Graz im Vorstand des Vereins Club International – CINT entsandt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.2 Stk. 2) Präs. 067963/2018/0001 Verkehrsverbund Steiermark Vertretung
im Lenkungsausschuss, Änderung**

DI Barbara Urban wird anstelle von DI Martin Kroißbrunner als kooptiertes Mitglied der Landeshauptstadt Graz in den Lenkungsausschuss des Verkehrsverbundes Steiermark entsandt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.3 Stk. 4) A 6-067767/2016-6 Umbaumaßnahmen Kaiserfeldgasse 25,
Finanzmittelbedarf in der Höhe von insgesamt €
1.622.068,- auf der FiPos 1.40100.010100
Aufwandsgenehmigung**

Die erforderliche Aufwandsgenehmigung in der Höhe von € 1.622.068,- wird erteilt.
Die Bedeckung ist auf der FiPos 1.40100.010100 gegeben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.4 Stk. 6) A 8 – 77397/2017-6

**Abteilung für Grünraum und Gewässer
Hochwasserschutz-Kleinmaßnahmen;
1. Projektgenehmigung über € 1.077.000
in der AOG 2018-2020
2. Budgetvorsorge über € 315.000 in der
AOG 2018**

1. In der AOG 2018-2020 wird die Projektgenehmigung „Hochwasserschutz Kleinmaßnahmen 2018-2020“ über € 1.077.000, davon für 2018 € 315.000, für 2019 € 300.000 und für 2020 € 462.000 erteilt.

Die Bedeckung von € 1.077.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion – der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2. In der AOG 2018 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen:

5.63900.004100 „Wasser- und Kanalisationsbauten, Hochwasserschutz-Kleinmaßnahmen“

(AOB: A10/5 und DKL:10570) € + 315.000,--

6.63900.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ € + 315.000,--

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.5 Stk. 8) A 8 - 77397/2017-21

**Stadtbaudirektion, Abteilung für
Verkehrsplanung, EU Projekt „GrazLog –
Innovative Grazer Logistikoptimierung“
1. Projektgenehmigung über insgesamt
€ 663.200,- in der AOG 2018-2022
2. Budgetvorsorge über € 20.000,- in der
AOG 2018**

1. In der AOG 2018-2022 wird die Projektgenehmigung „GrazLog – Innovative Grazer Logistikoptimierung“ über insgesamt € 663.200,-- wie folgt erteilt:

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2018	MB 2019	MB 2020	MB 2021	MB 2022
GrazLog – Innovative Grazer Logistiko-optimierung	663.200	2018 - 2022	20.000	130.000	92.800	214.400	206.000
RZ = Realisierungszeitraum MB = Mittelbedarf							

Der Finanzierungsanteil der Stadt Graz in Höhe von € 529.400,-- erfolgt zur Gänze aus Einnahmen der Stadtbaudirektion, die auf dem Depot der Abteilung für Rechnungswesen bereits vereinnahmt wurden.

Die von der Stadtbaudirektion genannten zusätzlich anfallenden Personalkosten in Höhe von ca. € 57.200,-- werden aus der OG und somit aus dem Eckwert der Abteilung für Verkehrsplanung finanziert.

- In der AOG 2018 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen:
5.36300.728220 „Entgelte für sonstige Leistungen, EU-Projekt GrazLog“ (AOB: BD00 und DKL: BD220) € + 20.000,--,
6.36300.889220 „Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union, EU-Projekt GrazLog“ € + 16.000,--,
6.36300.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ € + 4.000,--

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.6 Stk. 9) A 8 – 40945/08-66** **Creative Industries Styria GmbH; Richtlinien für die Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Stimmrechtsermächtigung, Generalversammlung Jahresabschluss 2017**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Creative Industries Styria GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der Generalversammlung am 12.07.2018 insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

1. TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. TOP 3. Genehmigung des Protokolls vom 07.12.2017
3. TOP 4. Bestätigung der Tagesordnungspunkte
4. TOP 5. Feststellung und Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2017, Gewinnverwendungsbeschluss, Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für 2017
5. Beschlussfassung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2018
6. Beschlussfassung „Code of Conduct“
7. Allfälliges

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

**7.7 Stk. 10) A 8/4 – 51230/2017, Übernahme von Teilflächen in das
A 8/4 – 21376/2015, Öffentliche Gut der Stadt Graz
A 8/4 – 22731/2018, S a m m e l a n t r a g
A 8/4 – 12240/2017**

A 8/4-51230/2017 Marktgasse 9 ca. 24 m² Grenzregulierung

A 8/4 -21376/2015 Krottendorfer Straße 81, 81a ca. 132 m² Stützmauer und Gehsteig

A 8/4-22731/2018 Auf der Tändelwiese ca. 30 m² bescheidmäßige Abtretung

A 8/4-12240/2017 Bahnweg ca. 72 m² bescheidmäßige Abtretung

Die Übernahme der in den einzelnen Gemeinderatsanträgen detailliert angeführten Grundstücksflächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.8 Stk. 10 a) A 8/4 – 51230/2017 Marktgasse 9 – Grenzregulierung
Übernahme einer ca. 24 m² großen Tfl.
des Gdst. Nr. 29/4, EZ 1250, KG Waltendorf, in
das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca. 24 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 29/4, EZ 1250, KG Waltendorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welche aufgrund der Entschließung vom 25.5.2018 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurde, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.9 Stk. 10 b) A 8/4 – 21376/2015 Krottendorfer Straße 81, 81a – Gehsteig
Übernahme einer ca. 132 m² großen Tfl. des
Gdst. Nr. 1907, EZ 136, KG Wetzelsdorf, in das
Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca. 132 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 1907, EZ 136, KG Wetzelsdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welches aufgrund der Entschließung vom 6.4.2016 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI. Dr. Gerhard Rüscher erworben wurde, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.10 Stk. 10 c) A 8/4 – 22731-2018 Auf der Tändelwiese;
bescheidmäßige Grundabtretung,
Übernahme einer ca. 30 m² großen Tfl. des
Gdst. Nr. 1816, EZ 2370, KG Gries in das
Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca 30 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 1816, EZ 2370, KG Gries, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.11 Stk. 10 d) A 8/4 – 12240/2017

**Bahnweg,
bescheidmäßige Grundabtretung,
Übernahme einer ca. 25 m² großen Tfl. des
Gdst. Nr. 347/3, EZ 1492 und einer ca.
47 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 347/10, EZ
714, beide KG Liebenau in das Öffentliche
Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca. 25 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 347 /3, EZ 1492 und einer ca. 47 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 347 /10, EZ 714, beide KG Liebenau, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.12 Stk. 11) A 8/4 – 15389/2012

**Städtische Liegenschaft Schönaugasse,
Sportunion Steiermark Gdst. Nr. 2038/46,
EZ 2560, KG Jakomini, Einräumung einer
grundbücherlichen Dienstbarkeit der
Errichtung und des Betriebes einer
Umspannstation zugunsten der Energie
Graz GmbH & Co KG Antrag auf
Zustimmung**

Der Energie Graz GmbH & Co KG wird die grundbücherliche Dienstbarkeit

- der Errichtung, der Erhaltung, der Erneuerung, der Duldung und des Betriebes einer Umspannstation samt Versorgungsstrasse

wie im beiliegenden Plan eingezeichnet, auf immerwährende Zeit im Sinne des Motivenberichtes eingeräumt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.13 Stk. 13) A 10/BD EU-063008/2018-1 A 10/8-008978/2018/0002** **Formelle Projektgenehmigung des erfolgreich eingereichten nationalen BMVit-Förderprojektes GrazLog - Innovative Grazer Logistiko Optimierung (09/2018-02/2021)**
- a) Kofinanzierungsanteil Stadt Graz im Förderprojekt (80%-Förderquote) i.d.H.v. EUR 44.870 sowie**
 - b) Zusatzprojektkosten der Stadt Graz außerhalb des Förderprojekts i.d.H.v. EUR 496.000 (Pacht und Betrieb City Hub für weitere 1,5 Jahre, rechtliche Expertise/Beratung). Sämtliche Kosten der Stadt Graz werden durch vorhandene Depotmittel des EU-Referates der Stadtbaudirektion aufgebracht.**

1. Dem Motivenbericht wird zugestimmt.
2. Für das Förderprojekt GrazLog, umgesetzt im Zeitraum 2018 bis 2021, wird eine formelle Projektgenehmigung erteilt. Projektdurchführende Stellen sind das EU-Referat der Stadtbaudirektion und die Abteilung für Verkehrsplanung.
3. Der Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl wird ermächtigt, den entsprechenden Fördervertrag sowie die zur Abwicklung erforderlichen Dokumente zu unterfertigen.
4. Die Bedeckung der vor- bzw. kofinanzierenden Förderprojektkosten sowie der

Zusatzprojektkosten wird in einem parallelen Finanzstück gewährleistet, um dessen Erstellung die Finanzdirektion ersucht wird. Für die Bedeckung dieser Kosten sollen vorhandene Depotmittel des EU-Referates der Stadtbaudirektion herangezogen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.14 Stk. 14) A 10/1- 047048/2018-0003 Stationäre und mobile
A 8-77397/2017-17 Geschwindigkeitsüberwachung,
A 1-52780/2017-0006 Projektgenehmigung und Budgetvorsorge
über € 650.000 in der AOG 2018**

1. Der Gemeinderat nimmt diesen Motivenbericht zur Kenntnis.
2. Das Straßenamt wird beauftragt und ermächtigt, das oben genannt Projekt umzusetzen sowie entsprechende Vereinbarungen mit der Landespolizeidirektion Steiermark abzuschließen.
3. Die Aufwandsgenehmigung für das beschriebene Projekt „Stationäre und mobile Geschwindigkeits-überwachung" über € 650.000 wird erteilt. Die Bedeckung von € 650.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor. Für die Budgetverhandlungen 2019ff sind beim Straßenamt-Eckwert die zusätzlichen Einnahmen von rund € 1 Mio. pa. entsprechend zu berücksichtigen.
4. In der AOG 2017 /2018 werden folgende Budgetvorsorgen/-veränderungen beschlossen:

Fipos	Bezeichnung	AOG 2018
5.64000.050800	Sonderanlagen, Geschwindigkeitsüberwachung (DKL:10130 und AOB:A10/1)	+650.000
6.64000.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	+650.000

5. Die für den laufenden Betrieb nötigen zusätzlichen Dienstposten werden im Dienstpostenplan eingestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.15 Stk. 20) GGZ 113092/2015 Tarife von Mahlzeiten für MitarbeiterInnen,
MieterInnen, Externe und SynergiepartnerInnen
ab 01.01.2019**

Erhöhung der Tarife von Mahlzeiten für MitarbeiterInnen, MieterInnen, Angehörige, Externe und SynergiepartnerInnen mit Wirksamkeit 01.01.2019 - wie in diesem Bericht vorne angeführt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.16 Stk. 22) A 8 - 77397/2017-18 Abteilung für Verkehrsplanung, Ausbau
Puntigamer Straße – Finanzierungsanteil Stadt
Graz
1. Projektgenehmigung über € 530.000,- in der
AOG 2018-19
2. Budgetvorsorge über € 400.000,- in der AOG
2018**

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

1. In der AOG 2018-2019 wird die Projektgenehmigung „Ausbau Puntigamer Straße“ über € 530.000,-- (für 2018: € 400.000,-- und für 2019: € 130.000,--) erteilt. Die Bedeckung von € 530.000,-- erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Stadtbaudirektion - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2. In der AOG 2018 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen:

5.61100.002150 „Straßenbauten, Ausbau Puntigamer Straße“

(AOB: 1008 und DKL: 10825)

€ +400.000,--

6.61100.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

€ + 400.000,--

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

7.17 Stk. 24) A 8-77405/2017-95 Abteilung für Kommunikation, Basisbudget 2018, Nachtragskredit über € 452.700,- in der OG 2018

1. Für die Bereiche

- Globalbudget ÖA und Einnahmen ÖA (aus der Magistratsdirektion)
- Internationale Beziehungen (aus dem Bürgermeisteramt)
- Ehrungen und Auszeichnungen (aus dem Bürgermeisteramt)

wird die Zugriffsberechtigung mittels eigener Berechtigungsgruppe für die Abteilung für Kommunikation eingerichtet.

2. In der OG 2018 werden die Fiposse

1.01510.728420 „Entgelte für sonstige Leistungen“

2.914000.08000 „Beteiligungen“

um je € 452.700,-- erhöht. Der Restbetrag auf der Fipos 1.01010.403000 des Präsidialamtes von € 2.700,- wird gesperrt.

Der Eckwert für die Abteilung für Kommunikation beträgt im Rumpfbjahr 2018 € 2.066.900; die Eckwerte jener Abteilungen, in denen die auf Seite 1 angeführten Bereiche bisher bewirtschaftet wurden, reduzieren sich jeweils um die angeführten Restbeträge.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und NEOS) angenommen.

**7.18 Stk. 25) A 8 – 31806/2006-106 Merkur Fußball Arena: Maßnahmenpaket 2
A 13 – 150601/2011/344 erste Umsetzungsschritte;
A 10/BD – 14727/2018/2– Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs-
und Verwaltungs GmbH; Ermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 2 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadion Graz-Liebenau Vermögens-, Verwertungs- und Verwaltungs GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgendem Antrag zuzustimmen:

- Genehmigung der Umsetzung der Teilmaßnahmen aus dem Maßnahmenpaket2 in der Merkur Fußball Arena: Evakuierungs-Tonanlage, WLAN, Info-Screens, Abbruch- und Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau der Eishalle B um max. 1,65 Mio. Euro exkl. MwSt., wobei nach Möglichkeit dieser Rahmen nicht zur Gänze ausgeschöpft werden sollte, um Reserven für die übrigen Teilmaßnahmen zu haben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.19 Stk. 26) A 8-17563/2006-248 Theaterholding Graz/Steiermark GmbH
A 16 - 14775/2013/532 Anpassung Finanzierungsvertrag**

1. Gemäß § 45 Abs. 2 Z. 10 des Statutes des Landeshauptstadt Graz LGBl Nr. 130/1967 idF LGBl Nr. 45/2016 wird die einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildende Anpassung des Finanzierungsvertrages, abzuschließen zwischen dem Land Steiermark, der Stadt Graz und der Theaterholding Graz / Steiermark GmbH. unter Beitritt der Bühnengesellschaften - Opernhaus Graz GmbH, Schauspielhaus Graz GmbH, Next Liberty Kinder- und Jugendtheater GmbH und Grazer Spielstätten Orpheum, Dom im Berg und Schloßbergbühne Kasematten GmbH, genehmigt.
2. Die Bedeckung des Sondergesellschafterzuschusses seitens des Stadt Graz-Anteils ist auf der Fipos 1.32300.755000, Lfd. Transferz. an Unternehmungen, AOB A16, als Teil des Eckwertes des Kulturamtes in der OG 2018 gegeben.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

7.20 Stk. 27) A 8 -21515/2006-240 Ausführungsbeschluss
A 23-30904/2013-166 1. Strom- und Gasausschreibung 2020
Informationsbericht
2. Strommarktrennung Deutschland/Österreich

- 1.) Der Gemeinderat wolle: den vorliegenden Ausführungsbeschluss der zentralen Strom- und Gas-Ausschreibung für die Lieferjahre 2020 bis 2021 und optional 2022 bis 2024 beschließen.
- 2.) Die vorliegenden Ergebnisse des Informationsberichts zur Strommarktrennung Deutschland/Österreich werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.21 Stk. 28) A 8 – 77397/2017-22 IT Ausstattung an den Grazer Pflichtschulen**
ABI – 22403/2016/4
- 1. Projektgenehmigungen über insg. € 3.684.000,-**
 - 2. Budgetvorsorge über € 755.000,- in der AOG 2018**

1. Projektgenehmigung zur IT Ausstattung an den Grazer Pflichtschulen.

Für die Ausstattung der IT-Infrastruktur an den Grazer Pflichtschulen wird die Projektgenehmigung in der Höhe von € 2.516.000,-- inkl. USt. erteilt- davon € 755.000,-- für 2018 und € 1.761.000,-- für 2019. Die Stadt Graz trägt als wirtschaftlicher Bauherr die Investitionen mit einer Gesamtsumme von € 2.516.000,-- (inkl. USt.). Für diese Leistungen wird die ITG Informationstechnik Graz GmbH im Rahmen eines In-House-Kundenauftrages als Generalunternehmer beauftragt.

2. In der AOG 2018 werden folgende Budgetaufstockungen beschlossen:

Fipos	Bezeichnung	AOG 2018
5.21100.042500	„Amtsausstattung, Digitalisierung“ (Anordnungsbefugnis: BILD und DKL: ABI20)	755.000
6.21100.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“	755.000

3. Für den Betrieb der Ausstattung der IT-Infrastruktur an den Grazer Pflichtschulen (ausgenommen bereits vermessene Pilotschulen) wird der Eckwert in der OG 2019 um € 276.717,89,-- inkl. USt. und ab 2020 um € 645.675,07,-- inkl. USt. erhöht. Somit beträgt die OG 2019 in diesem Bereich inkl. der bereits vermessenen Schulen € 799.165,37,-- und ab 2020 € 1.166.416,44,--. Diese Kosten pro PC/Laptop/Tablet beinhalten auch die Kosten für zu investierende Hard- und Software durch die ITG. Für die Jahre 2018 und 2019 sind in der ITG daher weitere Investitionen von € 1.168.000 für dieses Projekt erforderlich, die durch den monatlichen Verrechnungspreis der ITG über 5 Jahre refinanziert werden.

4. Die Bedeckung dieser Projektgenehmigungen in Höhe von insgesamt € 4.083.000,-- inkl. USt. erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich ABI und Sport - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.22 Stk. 29) A 8 – 77397/2017-23 A 6 - Room2work
Umbaumaßnahmen Kaiserfeldgasse 25,
1. Projektgenehmigung über € 1.622.100,-
in der OG und AOG 2018-19
2. Budgetveränderungen 2018**

1. In der OG und AOG 2018 - 2019 wird die Projektgenehmigung in der Höhe von € 1.622.100,- inkl. nicht abzugsfähiger Vorsteuer für den Umbau im Amt für Jugend und Familie in der Kaiserfeldgasse 25 mit einem Finanzmittelbedarf von
2018: € 1.151.500,-
2019; € 470.600,- erteilt.
2. Da die Budgetvorsorge der Projektgenehmigung bereits in voller Höhe von € 1.622.100,- für 2018 getroffen wurde (siehe Pkt. 3), der Finanzmittelbedarf sich aber über die Jahre 2018 und 2019 (siehe Pkt. 4) erstreckt, werden folgende Budgetveränderungen 2018 genehmigt:

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

Fipos	Bezeichnung	Budgetveränderungen 2018
5.40100.010000	Gebäude (AOB: AG und DKL: 06025)	-470.600,-
6.40100.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	-470.600,-
1.40100.010100	Gebäude, Umbau Kaiserfeldgasse	80.900,-
2.40100.829000	Sonstige Einnahmen	80.900,-

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.23 Stk. 30) A 10/5 - 1968/2008-15

**Gewässer/Hochwasserschutz
Planungen, Kleinbaumaßnahmen,
Abschreibung uneinbringbarer
Fördergelder,
Projektgenehmigung 2018 bis 2020
in der Höhe von € 1.077.000,-**

1. Der vorliegende Informationsbericht, Projektgenehmigung 2018-2020 für Planungen und Kleinbaumaßnahmen, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Projektgenehmigung in der Höhe von € 1.077.000,-- wird erteilt.
3. Der Abschreibung von nicht einbringbaren Fördergeldern in der Höhe von € 234.151,26 auf Fipos. 6.81500.871001 für das Hochwasserschutzprojekt Einödbach (Schererpark) wird zugestimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.24 Stk. 36) Präs. 011009/2003/0025 Ferialermächtigung 2018

Der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz die beiliegende, einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses darstellende

Ferialermächtigung beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.25 Stk. 38) Präs. 013000/2003/0016 MCG Graz e.gen. Vertretung im Aufsichtsrat

Frau Landtagsabgeordnete Mag. Alexandra Pichler-Jessenko wird anstelle von Frau GR Marion Kreiner als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in den Aufsichtsrat der MCG Graz e.gen. entsandt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) angenommen.

7.26 Stk. 39) Präs. 008931/2003/0024 GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Vertretung im Aufsichtsrat

Frau Clubobfrau Daniela Gmeinbauer wird anstelle von Frau GR Marion Kreiner als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in den Aufsichtsrat der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH entsandt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) angenommen.

7.27 Stk. 42) A 8-21515/2006-241 GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Stimmrechtsermächtigung gem. § 87. Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Wechsel im Aufsichtsrat; Umlaufbeschluss

Der Vertreter der Stadt Graz, StR Dr. Günter Riegler, in der Generalversammlung der GBG Gebäude-und Baumanagement Graz GmbH wird ermächtigt, im Sinne der

Ausführungen im Motivenbericht folgenden Umlaufbeschluss zu unterfertigen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gem. § 34 GmbHG
2. Kenntnisnahme der Zurücklegung des Aufsichtsratsmandates von GRⁱⁿ Marion Kreiner und Zustimmung zur Wahl von CO Daniela Gmeinbauer in den Aufsichtsrat der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH für die laufende Funktionsperiode

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ) angenommen.

7.28 Stk. 43) A 8- 21795/2006-141

MCG Graz e. gen. o. Generalversammlung, Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Stimmrechtsermächtigung, Wechsel im Aufsichtsrat, Generalversammlung

Der Vertreter der Stadt Graz in der MCG Graz e.gen., Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der nächsten noch anzuberaumenden Generalversammlung der Genossenschaft insbesondere folgendem Antrag zuzustimmen:

Wechsel im Aufsichtsrat (laufende Funktionsperiode)

Abberufung von Frau GRⁱⁿ Marion Kreiner und

Wahl von Landtagsabgeordneter Mag.^a Alexandra Pichler-Jessenko

in den Aufsichtsrat der MCG Graz e.gen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.45 Uhr).

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada

**7.29 Stk. 3) A 5 – 47602/2018
und A 8-77397/2017-16,**

**Subvention zum Projekt Step by Step II der
Lebenshilfe Soziale Dienste GmbH Kosten für
den Projektzeitraum (insg. € 70.506,20):
1.6. 2018 bis 31.12.2018 iHv € 31.817,62 und
1.1.2019 bis 31.7.2019 iHv € 38.688,58
jeweils Aufwandsgenehmigung auf der FiPos
1.42910.755210, Projektgenehmigung über
insgesamt € 70.506,20 bzw. für 2019 iHv
€ 38.688,58**

GRⁱⁿ Mohsenzada:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie. Im folgenden Stück handelt es sich um das neue Projekt der Lebenshilfe „Step by Step II“, welches sich an der Zielgruppe der Leistung „Teilhabe an der Beschäftigung in der Arbeitswelt“ im Rahmen der Leistungs- und Entgeltverordnung orientiert. Ziel des Projektes ist es, dass Menschen mit Behinderung über die TaB-Leistung eine möglichst dauerhafte Anstellung erhalten. Die Zielgruppen sind Menschen mit intellektueller, kognitiver, körperlicher und mehrfacher Behinderung nach Beendigung der Schulpflicht, deren Fähigkeitsprofil erwartet lässt, dass sie bei entsprechender Förderung eine inklusive Teilhabe an Beschäftigung in der Arbeitswelt umgesetzt werden. Die ProjektteilnehmerInnen verfügen über eine Teilarbeitsfähigkeit, die eine Anstellung für zwölf Monate mit 50-%iger Dienstverpflichtung möglich macht. Die Gesamtlaufzeit des Projektes umfasst den Zeitraum 1.1.2018 bis 31.7.2019. Die Stadt finanziert die Umsetzung des Projektes vom 1.6.2018 bis 31.7.2019. Die Kosten des Gesamtprojektes belaufen sich auf € 272.445,-- und werden durch Subvention der Gebietskörperschaften sowie durch Firmenbeteiligung der beschäftigenden Betriebe finanziert. Das Bundesministerium für die Digitalisierung Wirtschaftsstandort fördert 80 % der Projektkosten für fünf Beschäftigungsplätze bei TeilnehmerInnen. Nach einer Vorlaufzeit von zwei Monaten finanziert die Stadt Graz im Haus Graz drei Beschäftigungsplätze für den Zeitraum vom 1.8.2018 bis 31.7.2019. Zusätzlich beteiligt sich die Stadt Graz durch Firmenbeteiligung

in der Höhe von € 300,-- pro Monat und TeilnehmerInnen an den Projektkosten für weitere zwei Beschäftigungsplätze im Haus Graz. Insgesamt werden im Haus Graz somit fünf TeilnehmerInnen über das Projekt angestellt. Die Dauer der Anstellung ist auf Grund der Projektlaufzeit mit einem Jahr begrenzt. Daher stelle ich den Antrag, der Gemeinderat wolle mit der erforderlich erhöhten Mehrheit beschließen, zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung der Lebenshilfe Soziale Dienste GmbH wird im Budget 2018 eine Subvention in der Höhe von € 31.817,62 bzw. im Budget 2019 eine Subvention in der Höhe von € 38.688,58 genehmigt. Für die haushaltsmäßige Vorsorge in den Jahren 2018 und 2019 mit einem Finanzierungsbedarf laut Pkt. 1 für die Projektgenehmigung erteilt. Die Bedeckung der Subvention erfolgt aus der Finanzposition 1.42910.75521. Der Subvention des Projektes „Step by Step II“ wird die Zustimmung erteilt. Die Förderungsvereinbarung ist durch die Magistratsabteilung 5 mit der Lebenshilfe Soziale Dienste GmbH laut beigelegtem Vertrag, der einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen. Die Auszahlung der Förderung erfolgt in der Höhe von € 31.817,62 im Budgetjahr 2018 bzw. in der Höhe von € 38.688,58 im Budgetjahr 2019. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung der Lebenshilfe Soziale Dienste GmbH wird im Budget 2018 eine Subvention i.H.v. € 31.817,62 bzw. im Budget 2019 eine Subvention i.H.v. € 38.688,58 genehmigt.
- 2.) Für die haushaltsmäßige Vorsorge in den Jahren 2018 und 2019 mit einem
- 3.) Finanzierungsbedarf lt. Pkt. 1 wird die Projektgenehmigung erteilt.
- 4.) Die Bedeckung der Subventionen erfolgt aus der FiPos. 1.42910.755210.
- 5.) Der Subvention des Projekts „Step by Step II“ wird die Zustimmung erteilt.
- 6.) Die Förderungsvereinbarung ist durch die Mag. Abt. A 5 mit der Lebenshilfe Soziale Dienste GmbH laut beigelegtem Vertrag, der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen.

- 7.) Die Auszahlung der Förderung erfolgt i.H.v. € 31.817,62 im Budgetjahr 2018 bzw. i.H.v. € 38.688,58 im Budgetjahr 2019.

StR Hohensinner:

Werter Gemeinderat, mir ist es wichtig, dass ich auch noch aus dem Fachausschuss berichte, weil es ist auch natürlich notwendig, dass die etwas technische Erklärung vom Finanzausschuss auch hier dargelegt wird. Aus meiner Sicht ist es ein ganz, ganz zukunftsweisendes Projekt. Warum? Wir hatten schon einmal ein Projekt namens „Step by Step I“. Es geht darum, dass wir Menschen mit einer Leistungsfähigkeit unter 50 % versuchen, am ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Bisher hatten diese Menschen eigentlich nur die Möglichkeit, in eine Werkstätte zu gehen. Ich möchte jetzt nicht sagen, dass eine Werkstätte was Schlechtes ist, aber wir sollten wirklich versuchen, bei den Stärken der Leute anzusetzen und zumindest einige auch auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Warum? Das hat drei Vorteile. Zum einen, ist es natürlich eine Frage des Selbstwertgefühls, wenn man am ersten Arbeitsmarkt gebraucht wird. Das tut den Menschen unheimlich gut. Wie Ihr wisst, im Magistrat sind ja einige aus dem Projekt „Step by Step“ angestellt. Wenn man mit diesen Menschen redet, dann bekommt man wirklich eine ganz authentische Meinung, was sie vom ersten Arbeitsmarkt halten. Und das Zweite ist, sollte dieses Projekt in die Praxis, in die Regel umgesetzt werden, dann würden wir es schaffen, dass diese Menschen nicht mehr nur über das Landesbehindertenhilfegesetz unterstützt werden, sondern sie erhalten wirklich ein Gehalt und zahlen sich somit selbst die Sozialversicherung. Das heißt Krankenversicherung, und sie würden sich auch selbst pensionsversichern. Und zum Dritten, dieses Projekt hätte den Mehrwert, weil es wäre für die Stadt nicht teurer, wenn wir mehr Menschen mit einer Leistungsfähigkeit unter 50 % am ersten Arbeitsmarkt unterbringen würden, dann würden wir uns die eine oder andere Werkstätte ersparen. Also von dem her ist es wirklich ein sinnvolles Projekt. Ich freue mich, dass es gelungen ist, Bund, Land und Stadt hier auf einen Kurs einzuschwören. Wir werden es auch begleiten lassen und sollte auch dieses Projekt dann ein Erfolg

sein, dann ist mein großes Ziel wirklich, dass man das in einen Regelbetrieb überführen. Ich sage danke an alle, die da mitgeholfen haben und ich freue mich auf dieses Projekt „Step by Step II“ (Allgem. Appl.)

Der Antrag wurde einstimmig (42:0) angenommen.

Berichterstatter: GR. Hötzl

7.30 Stk. 5) A 8/2 – 37979/2006-29 Parkgebühren-Verordnungsnovelle 2018

GR Hötzl:

Es geht um die Parkgebühren-Verordnungsnovelle 2018. Das Grazer Parkraumservice hat im zweiten Halbjahr 2017 über Auftrag des Gemeinderates vom Beschluss 18. Juni 2015 eine gesamte Evaluierung der Parkzonen und Kurzparkzonen, das heißt, grüne und blaue Zone, durchgeführt. Das Ergebnis dieser Evaluierung ist in einem Bericht sozusagen gemündet, der von der ARGE Parkraum erstellt wurde, den Ausschluss für Verkehr wurde er in der Sitzung vom Dezember 2017 vorgelegt und wurde dort auch zur Kenntnis genommen. Weiters wurde der Bericht in der Juni-Sitzung des eben hier im Gemeinderat im Gemeinderatsstück Parkkonzept-Änderungsmaßnahmen auch bereits vorgelegt. Die im Evaluierungsbericht vorgeschlagenen Maßnahmen stellen akkordierte Wünsche der Bezirksvorsteher und Bürger bezüglich räumliche Änderungen der Parkzonen dar. Also Ausweitungen und Änderungen, dem Stück beigefügt sind eben diese planlichen Darstellungen, dass man eben sieht, wo diese Straßenzüge oder diese Gebiete sind, wo neue Zonen hinzukommen, aber auch eine Aufstellung der Straßenzüge im Wortsinn sozusagen. Weiters ist zu erwähnen, dass die Änderungen mit 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten werden, weil natürlich Parkscheinautomaten versetzt oder angeschafft werden

müssen oder Verkehrstafeln, also Parktafeln, gesetzt werden müssen. Für diese Umbaumaßnahmen benötigt es einen Investment von € 130.000,-- . das eben mit Gemeinderatsbeschluss vom 14.6. Parkkonzept-Änderungsmaßnahmen eben schon genehmigt wurde. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Novelle zur Grazer Parkgebühren-Verordnung 2006.

Bgm.-Stv Eustacchio:

Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bringen wir das Stück Nr. 5 zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ein einstimmiger Beschluss.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter GR. Mag. Sippel

**7.31 Stk. 7) A 8-32564/2010/28
und A 13 19810/2010/372**

**ASKÖ Sportcenter Graz
Sanierung, Ausbau und Fertigstellung des
Mitteltraktes – Modul 3; Genehmigung
zum Abschluss der Förderungsverträge mit
dem Bund, dem Land Steiermark und dem
ASKÖ Landesverband Steiermark**

GR Sippel:

Frau Gemeinderat, wir brauchen noch eine Genehmigung zum Abschluss der

Förderungsverträge mit dem Bund, dem Land Steiermark und dem ASKÖ-Landesverband Steiermark. Es geht um die Sanierung, um den Ausbau und die Fertigstellung des Mitteltraktes des ASKÖ-Sportcenters. Wir haben aber schon insgesamt € 4.460.000,-- dafür locker gemacht. Es geht um den Ausbau des Krafraumes, es geht um die Außentribüne, um eine 60-Meter-Laufbahn usw. usf. Im Ausschuss ist uns mitgeteilt worden, dass der Fördervertrag mit dem Land schon besteht, mit dem Bund hat es geheißen bis zur heutigen Sitzung, ich bin jetzt nicht ganz aktuell informiert. Herr Ausschussvorsitzender, Herr Sportstadtrat, wisst Ihr davon etwas? Ich gehe einmal davon aus. Es ist uns zugesichert worden im Ausschuss, dass der Fördervertrag mit dem Bund rechtzeitig eintrifft, insofern sollte man das jetzt beschließen. Deshalb bitte ich um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Abschluss der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieses Gemeinderatsbeschlusses bildenden Förderungsverträge mit dem Bund, dem Land Steiermark und dem ASKÖ Landesverband Steiermark zum Zweck der Sanierung des Mitteltraktes des ASKÖ Center – Modul 3 samt Restarbeiten Modul 1 und 2 (Vorplatz) mit Gesamtkosten in Höhe von max. EUR 4.460.000,00 wird zu den im Motivenbericht genannten Bedingungen genehmigt.

GR. Mag. Haßler erklärt sich für befangen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

7.32 Stk. 15) A 14 – 047772/2017 **03.04.1 Bebauungsplan „LKH Einkaufszentrum“,
1. Änderung, III. Bez., KG Geidorf, Beschluss**

7.33 Stk. 16) A 14 – 048406/201 **06.04.1 Bebauungsplan, „Steinfeldhaus“,
1. Änderung, VI. Bez., KG Jakomini, Beschluss**

GR Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat. Ja, beide Stücke sind auch ähnlich gelagert vom Inhalt. Es geht um Bebauungspläne und weil wir kürzlich nicht nur erfolgreich, oder weil wir eben erfolgreich die Revision des Flächenwidmungsplanes beschlossen haben und auch die Genehmigung der Landesregierung vorliegt, können und müssen wir adaptieren gewisse Bebauungspläne, die bisher Details geregelt haben, die nunmehr generell im jeweils gültigen Fläwi enthalten sind. Daraus ergeben sich fallweise Widersprüche, weil der Fläwi gewisse Änderungen gebracht hat und das genau liegt bei beiden Bebauungsplänen, die ich gemeinsam berichte und dann natürlich getrennt abzustimmen sind, vor. Es betrifft jeweils die Bebauungsdichte, final und dynamisch regelt das der Flächenwidmungsplan und ebenfalls den Verwendungszweck. Namentlich, beispielsweise die Funktionsbereiche Zentrum, Einkaufszentren bzw. Funktionsüberlagerungen. Wir nehmen das bei Gelegenheit oder planmäßig aus dem Bebauungsplänen heraus und es ändert sich dadurch gegenüber der bestehenden Beschlusslage nichts, es gilt der Fläwi. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

ad15)

1. Der 03.04.1 Bebauungsplan „LKH Eingangszentrum“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen werden genehmigt.

ad 16)

1. Den 06.04.1 Bebauungsplan „Steinfeldhaus“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Gibt es Fragestellungen, Wortmeldungen? Nein, dann kommen wir zuerst zur Abstimmung über Nr. 15. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmig.

Der Antrag Nr. 15 wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Stück Nr. 16, auch hier wieder bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dafür ist. Gegenstimmen, gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

Der Antrag Nr. 16 wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. DI Sickl

7.34 Stk. 17) A 14 - 005524/2017 07.03.1 Bebauungsplan, „Gewerbegebiet Graz Thondorf“, 1. Änderung VII. Bez., KG Liebenau, Beschluss

GR Sickl:

Hoher Gemeinderat, es geht um einen Bebauungsplan Industrie- und Gewerbegebiet Graz-Thondorf, um eine Änderung. Der Bebauungsplan wurde schon im Jahr 2012 beschlossen und es gibt jetzt eine Änderung des Bebauungsplanes, um eine Durchführung, um eine Straßendurchführung zu ermöglichen. Und der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher einstimmig, im Ausschuss deshalb schon vorbeschlossen, stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die Aufhebung von Teilflächen des Aufschließungsgebietes in Graz Thondorf den 07.03.1 Bebauungsplan Industrie- und Gewerbegebiet Graz-Thondorf, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planungserklärungen und dem Erläuterungsbericht und die Einwendungserledigungen zu beschließen. Die Einwendungen waren nur öffentlicher Natur. Danke.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Aufhebung von Teilflächen des Aufschließungsgebietes Nr. VII.12, KG Graz Stadt –Thondorf,
2. den 07.03.1 Bebauungsplan „Industrie- u. Gewerbegebiet Graz -Thondorf“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
3. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Das nächste Stück wäre Nr. 18. Da setzen wir kurz aus und setzen fort mit Stück Nr. 21, Kontrollbericht Hundeabgabe.

Berichterstatter: GR. Luttenberger

7.35 Stk. 21) StRH-3262/2017 Kontrollbericht Hundeabgabe

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin gerade erst eingetroffen von der anderen Veranstaltung Kammervollversammlung. Aber was tut man nicht alles für die lieben Hunderln. Ich bin ja immer in einer paradoxen Situation als Berichterstatter des Kontrollausschusses. Mein erster Bericht handelt von einem Wasserfahrzeug, was nicht da ist und mein jetziger Bericht handelt von einer Hundeabgabe, die nicht kommt. Also ich kann es relativ kurz machen. Wir erinnern uns gemeinsam, es wurde ja mehrheitlich beschlossen, dass die Hundeabgabe als Bagatellsteuer entfällt. Bedanken möchte mich beim Team vom Stadtrechnungshof, die haben das damals noch nicht genau gewusst, dass das fällt und die haben eine Stellungnahme abgegeben, eine inhaltliche und einen Antrag, den ich dann verlesen möchte. Bei der Stellungnahme ist es so, falls irgendwann einmal wieder die Hundeabgabe ein aktuelles Thema sein sollte, gibt es einige Vorschläge. Es geht um den Hundekurs. Es geht darum, dass Sozialcardbesitzerinnen und -besitzer, die einen Hund haben, dass es ein bisschen einfacher sein werden oder sein sollte, wegen der Stellung des Dauerbescheides. Und es geht um den Hundebegleitkurs, das ist sozusagen das Sahnehäubchen, dass hier auch eine Vereinheitlichung stattfinden sollte. Denn derzeit ist es so, dass nicht alle Trainerinnen und Trainer das Zertifikat dazu haben, das dann aufzustellen, damit es eine gewisse Gültigkeit hat. Und so jetzt möchte ich eure Zeit nicht länger beanspruchen. Ich nähere mich, naja, eines möchte ich schon noch sagen, Entschuldigung, immerhin die Bagatelle sind über € 200,000,--, um die es sich handelt,

wenn man das abzieht vom bürokratischen Aufwand und mit dieser Bagatelle hätte man natürlich z. Bsp. einen Buskurs am Wochenende führen können.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. **Eustacchio**: Bitte um Berichterstattung und nicht, um zu kommentieren.*

Luttenberger:

Jetzt kommt der kommentierte Berichtteil-Antrag. Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses, Entschuldigung, dass ich da ein bisschen privat etwas gesagt habe, gemäß § 67a Abs 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen. Und um diese Kenntnisnahme bitte ich euch (*Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Stück, das wäre z. Bsp. so ein Punkt gewesen?

Das ist nicht der Fall, dann bringen wird das Stück zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmig. Danke

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Dr. Riegler

7.36 Stk. 18) A 16 – 066443/2018/0001 Kultur Graz, eine kulturpolitische Standortbestimmung

StR Riegler:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Kollegen. So schnell vergeht ein Jahr. Ich bin ja, wie Sie wissen, mit Ihnen allen gemeinsam am 5. April angelobt worden, habe dann als Kulturreferent zunächst einmal den Kulturbeirat neu konstituiert. Denn, wie Sie wissen, hat jeder Kulturreferent in der Vergangenheit stets einen Kulturbeirat an seine Seite geholt. Im Gegensatz zu früheren Perioden habe ich mich beim Kulturbeirat dafür entschieden, eine sehr kleine Gruppe an Personen anzusprechen. Da es mir darum ging, da ist sozusagen, da kommt der Betriebswirt in mir zum Tragen, dass ich natürlich, wenn ich eine Aufgabe übernehmen, wie in dem Fall jetzt das Kulturressort, ich dann natürlich zunächst einmal eine Klärung herbeiführen möchte, was sind denn überhaupt die wesentlichen Ziele, welche Maßnahmen sollte man den eigentlich verfolgen, um diese Ziele zu erreichen und warum wollte man dieses oder jenes Ziel verfolgen. Und um alle diese Fragen sinnvoll zu beantworten, habe ich gemeinsam mit meiner Büroleiterin, Dr. Claudia Unger, der ich an dieser Stelle sehr herzlich danken möchte, vier Fragen oder fünf Fragen formuliert, von denen wir der Meinung sind, dass sie für eine strukturierte Abarbeitung eines kulturpolitischen Leitbildes, eines kulturpolitischen Strategiebildes eigentlich sinnvoll sein könnten und ich habe eben meinen Kulturbeirat zusammengestellt, den ich mit Personen besetzt habe, die ich auch heute namentlich erwähnen möchte, um Ihnen auch sozusagen über das Protokoll persönlich zu danken. Als Vorsitzende fungiert, also die wurde gewählt aus der Mitte des Beirates, Frau DIⁱⁿ Heidrun Primas, stellvertretender Vorsitzender ist Herr Otto Hochreiter, bekannt aus dem GrazMuseum, weiters Mitglieder des Kulturbeirates sind Herr Alexander Kada, den Sie noch kennen als Schöpfer der gespiegelten Stadt bei Graz 2003, Herr Univ.-Prof. Dr. Klaus Kastberger vom

Literaturhaus und Franz-Nabl-Institut, Herr Dr. Clemens Klug, einem Musikwissenschaftler, Herr Dr. Christian Lagger von den Elisabethinen, der auch von mir in den Aufsichtsrat der Universalmuseum Joanneum GmbH eingeladen wurde, dort eben tätig zu werden, Frau Margarethe Makovec vom sehr anerkannten Rotor Kulturzentrum, das auch sehr viel Stadtteilarbeit leistet, Herr Dr. Johannes Rauchenberger vom Kulturzentrum bei den Minoriten und Frau Christine Teichmann, freischaffende Künstlerin. Das ist also eine einigermaßen überschaubare kleine Gruppe an Leuten, die eben vom mir gebeten wurden, in einem strukturierten Prozess zu vier Fragestellungen Position zu beziehen. Erste Fragestellung, und das ist typischerweise eine, so würden Betriebswirte sich an so eine Frage herannähern, Herr Vizebürgermeister, der auch Betriebswirt ist, wird das sicher auch so sehen, nämlich die erste Frage überhaupt das Profil zu bestimmen. Welches Profil hat eigentlich die Grazer Kultur- und Wissenschaftslandschaft? Was sind besondere Stärkefelder? Welche Schwerpunkte gibt es und kann man sozusagen einen roten Faden erkennen oder ist es eben gerade die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Kulturszene. Zweite Frage: Stadtteilentwicklung und Stadtentwicklung. Und was können wir in der Kulturarbeit beitragen, um die Stadt, die ja sehr stark schon gewachsen ist, in den letzten zehn Jahren um 50.000 Einwohner, und die auch weiter wachsen wird, um die Stadt kulturell, aber auch technisch ökonomisch, sozial gewissermaßen weiterzuentwickeln. Dritte Fragestellung: Wie sind Sie eigentlich zufrieden mit dem Fördersystem? Da kann man ja unterschiedlichster Meinung sein und allein, wenn man den Vergleich herstellt zwischen Land Steiermark und Stadt Graz, haben wir völlig unterschiedliche Fördersysteme. Bei uns ist es ja, wie Sie wissen, so, dass die Antragsteller einen Projektantrag einreichen, der wird dann durch das Kulturamt einem Fachbeirat zugeordnet. Der Fachbeirat ist in aller Regel eine Peergroup, das sind meistens Leute, die Experten in diesem Gebiet sind, ernste Musiker bewerten ernste Musiker, Unterhaltungsmusiker bewerten Unterhaltungsmusiker. Und die Frage war, wie sehr man eigentlich mit dem Fördersystem und mit dem Beurteilungssystem und Evaluierungssystem zufrieden ist. Die vierte Frage. Welche Berufsmöglichkeiten haben Künstlerinnen und Künstler und soll man eigentlich in einer Stadt wie Graz, die

mittlerweile sich mit Riesenschritten den 300.000 Einwohnern nähert, soll man in einer Stadt wie Graz möglicherweise sogar die Ausbildung noch weiter verstärken? Ein Dauerbrennerthema in diesem Zusammenhang ist die Frage, ob es in Graz eine tertiäre Ausbildung im Bereich der Bildenden Kunst braucht? Wie Sie wissen, gibt es einerseits die Designstudiengänge an der FH, andererseits gibt es das Bühnenbild an der Kunstuniversität. Aber es gibt eigentlich keine Universität, keine tertiäre Ausbildung für Bildende Kunst, wie die Angewandte in Wien. Und die fünfte Frage: Kulturvermittlung. Wie kann es gelingen, noch mehr Menschen, auch Publikum, das bisher vielleicht nicht in das Museum oder in die Oper oder in das Schauspielhaus gegangen ist oder eben in die freien Theater, wie kann es uns gelingen, noch mehr Publikum zu adhären, für Kunst zu begeistern, zu gewinnen? Zu all diesen Fragen hat es in einem strukturierten Diskussionsprozess im vergangenen Jahr fünf, sechs Sitzungen gegeben, wobei man den hiedurchwegs freiwillig und ehrenamtlich tätigen Kulturbeiräten den größten Dank aussprechen muss dafür, dass sie eben ihre Zeit opfern und dass sie sich bereitstellen in den Dienst der guten Sache. Und das Ergebnis, die Antworten, die sie darauf gefunden haben in einer Version 1.0, sozusagen in einer Version, die noch nicht jetzt reloaded ist, aber die dann weiter bearbeitet werden soll, die ist hier in diesem Werk niedergeschrieben. Es ist ein sehr kurzes, schlankes Werk, das im Wesentlichen dann redaktionell von Claudia Unger mit meinem Team betreut zusammen redigiert wurde. Und diese Arbeit haben wir genannt „Kultur Graz eine kulturpolitische Standortbestimmung“. Wir haben es bewusst eine Standortbestimmung genannt und nicht etwa eine Strategie oder ein Leitbild, weil es, glaube ich, für eine Strategie und für ein Leitbild noch zu früh wäre. Da müssten wir jetzt noch dann in den nächsten Jahren, aber die Gemeinderatsperiode dauert ja noch an, dann müssten wir in den nächsten Jahren tatsächlich einen Leitbildprozess anhängen. Denn etwas, was mir von Beginn an meiner Tätigkeit aufgefallen ist, es gibt zwar in Graz ein Leitbild für die Verwaltung, es gibt also ein Leitbild für den Magistrat Graz, es gibt aber kein kulturpolitisches Leitbild im Sinne eines Zielsystems. Eine Erkenntnis, die ich gewonnen habe aus der intensiven Beschäftigung nicht nur mit dem Beirat, sondern auch mit den Akteurinnen und Akteuren der Kulturszene, eine wesentliche Erkenntnis ist, dass

eigentlich rundum uns eine außerordentlich hohe Qualität und eine außerordentliche Vielfalt attestiert wird. Beim Fördersystem ist es eigentlich so, dass die Beiratsmitglieder und aber auch Intendantinnen und Intendanten, Künstler, Kulturschaffende, ich erwähne nur die IGE-Kultur oder auch die Gruppe „Das andere Theater“, die sozusagen die freie Szene verkörpern, dass es eigentlich rundherum eine sehr große Zufriedenheit mit den bestehenden Systemen und Instrumenten gibt und das war für mich eigentlich eine sehr wichtige Feststellung, die ich hier treffen wollte. Nämlich, wir wollen nicht nur etwas verändern, sondern wir sollten eigentlich durchaus auch Systeme so belassen, wenn sie eigentlich zur Zufriedenheit funktionieren. Das, was wir festgestellt haben, ist, dass es tatsächlich gemessen am Gesamtbudget der Stadt Graz und auch gemessen an der Bevölkerungszahl der Stadt Graz eine eher in den letzten Jahren rückläufige Entwicklung bei den Kulturausgaben gegeben hat. Das heißt, die Kulturausgaben sind tendenziell in den letzten Jahren im relativen Anteil zum Gesamtbudget kleiner geworden. Daher haben wir heute auch, und ich freue mich schon jetzt darauf, das später dann auch berichten zu dürfen, ein eigenes Stück für das Kulturjahr 2020, bei dem wir einen Sonderfonds dotiert haben. Ich möchte es dabei belassen, habe die zehn Minuten fast zur Gänze ausgeschöpft. Ich denke mir wirklich, dass das eine tolle Arbeit ist, die hier niedergeschrieben ist, die einen ersten Startpunkt bildet und hoffe, dass ich Ihnen in einem Jahr eine Version 2.0 dieser Standortbestimmung übergeben kann. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Informationsbericht wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Danke für die Berichterstattung. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Stück?

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Braunersreuther:**

Sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrter Herr Stadtrat. Ich möchte mich an dieser Stelle für das Stück bedanken. Auch im Namen der NetworkerInnen, die mir nämlich mitgeteilt haben, dass das eigentlich, wir haben im Ausschuss sehr viel über Partizipation geredet, das war ein positives Beispiel für Partizipation. Dazu jetzt ein Zitat von Markus Miessen, der ein Buch darüber geschrieben hat: „Partizipation heißt nicht, dass jeder Depp mitreden kann“, wohlgemerkt, das kommt jetzt nicht so von mir (*lacht*), sondern aus wissenschaftlicher Literatur, sondern dass man Leute, die sich mit Themen auskennen, miteinbezieht und mitgestalten lassen und das sieht und liest man in diesem Stück bzw. diesem kleinen Heft, das daraus entstanden ist, dass da Fachleute am Werk waren, die auch zwar eine Standortbestimmung vornehmen, die aber durchaus, finde ich, sehr zukunftssträchtige Wünsche da schon eingearbeitet haben, auch wenn es noch kein Konzept ist. Aber positiv erwähnen möchte ich z. Bsp., dass die Kultur in den öffentlichen Raum geht, dass es eben nicht nur in den traditionellen Kulturstätten stattfindet. Dass aber dieser öffentliche Raum auch gut erreichbar und gut zugänglich ist für viele Menschen, damit man einfach einem größeren Publikum Kultur näher bringen kann und ich finde, das ist schon sehr zukunftssträchtig, besonders auch hinsichtlich, was ja später noch kommen wird, dieses Kulturjahr 2020, wo ja auch sehr viele miteingebunden werden. Und deswegen nochmals auf diesem Weg vielen Dank für das Stück (*Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Danke, das ist nicht der Fall. Dann bringen wir das Stück zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ein einstimmiger Beschluss. Ich danke (*Allgem. Appl.*). Ich darf vermerken, dass Herr GR Muhr sich für befangen erklärt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Schwindsackl

- 7.37 Stk. 23) A 8- 18782/2006-145 Energie Graz GmbH und
A 8 – 20081/2006-206 Energie Graz GmbH & CoKG;
erhöhte Mehrheit A. Haus Graz interne Übertragung gem. Art. III
UmgrStG (2 % Geschäftsanteile)
B. Richtlinien für die Generalversammlung gem.
§ 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt
Graz; Umlaufbeschluss**

GR Schwindsackl:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Stadträte, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren auf der Zusehertribüne. Es handelt es sich hier um einen energiegeladenen Bericht. Die Stadt Graz verfügt über 51 % der Anteile an der Energie Graz GmbH & Co KG sowie Energie Graz GmbH, wobei jetzt 49 % über die Holding Graz und 2 % direkt von der Stadt Graz gehalten werden. In den letzten zehn Jahren hat die Stadt Graz für die Ergebnisanteile dieser 2 % über € 500.000,-- an Körperschaftssteuer abzuführen gehabt, weil ja die Stadt Graz als Gebietskörperschaft anders als privatrechtliche Gesellschaften keinen Ausgleich mit Verlusten aus anderen Tätigkeiten vornehmen kann. Bei weiteren erfolgreichen Ergebnisentwicklungen, wie es derzeit aussieht, wird künftig mit einer weiteren Zunahme dieser Steuerbelastung zu rechnen sein, wenn die Gesellschaftsstruktur unverändert bleibt. Die Finanzdirektion hat daher schon vor Jahren vorgeschlagen, auch für die bisher direkt von der Stadt gehaltenen 2 % der Energie Graz GmbH-Anteile einen Verlustausgleich dadurch zu ermöglichen, dass diese Anteile mit den 49 %-Anteilen in der damaligen Grazer Stadtwerke AG zusammengeführt werden. Leider hat damals die Co-Gesellschaft der ESTAG, welche über die restlichen 49 % verfügt, dieser Zusammenführung nicht zugestimmt. Begründung war, dass es eben Abstimmungsverhalten gibt, was vielleicht das eine oder andere nicht unbedingt von Vorteil hätte sein können. In der Praxis hat sich das aber nicht bewahrheitet. Die vorgeschlagene Änderung der Gesellschaftsverträge sind im Wesentlichen Vereinfachungen, die sich aus der formalen Reduktion von drei auf zwei Gesellschafter in der Energie Graz GmbH ergeben. Unverändert soll das jeweilige

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

Budget sowohl im Aufsichtsrat als auch in der Generalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligung, Immobilie sowie Wirtschaft und Tourismus stellt den Antrag,

- zu a) der Gemeinderat wolle nach dem § 45 des Statutes der Landeshauptstadt Graz Folgendes beschließen: Der Abschluss des beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Einbringungsvertrages, abzuschließen zwischen der Stadt Graz und der Energie Graz Holding GmbH, betreffend die Einbringung von je 2 % Geschäftsanteilen der Stadt Graz an der Energie Graz GmbH und der Energie Graz GmbH & Co KG als Sacheinlage unter Anwendung der abgaberechtlichen Begünstigungen.
- zu b) Der Gemeinderat wolle weiters beschließen: Der Vertreter der Stadt Graz in der Energie Graz GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, sowie analog die Holding Graz Kommunale Dienstleistungen GmbH, deren Tochter Energie Graz Holding GmbH ist, also relativ häufig vorkommend diese Ausdrücke, werden ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht unter beiliegender Gesellschafterbeschlüsse im schriftlichen Weg der Einbringung des gesamten Geschäftsanteiles der Stadt Graz, der eine Nominale von € 700.000,-- entspricht und einer 2%-igen Beteiligung am Stammkapital der Energie Graz entspricht.

Der Punkt 2 betreffend Energie Graz GmbH & Co KG ist gespiegelt, also vom Inhalt daher kann ich mir diesen weiteren Bericht kurz ersparen und ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Zu A.

Der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 21 iVm § 87 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr 130/1967 idF LGBl Nr 45/2016, beschließen:

- Der Abschluss des beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Einbringungsvertrages, abzuschließen zwischen der

Stadt Graz und der Energie Graz Holding GmbH, Graz, betreffend die Einbringung von je 2 % Geschäftsanteilen der Stadt Graz an der Energie Graz GmbH und der Energie Graz GmbH & Co KG als Sacheinlage unter Anwendung der abgabenrechtlichen Begünstigung des Artikels III des Umgründungssteuergesetzes mit Einbringungsstichtag 31.12.2017 in die Energie Graz Holding GmbH, wird genehmigt.

Zu B.

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr 130/1967 idF LGBl Nr 45/2016 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Energie Graz GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, sowie analog die Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH bzw. deren Tochter Energie Graz Holding GmbH, werden ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht und der beiliegenden Gesellschafterbeschlüsse im schriftlichen Weg der Einbringung des gesamten Geschäftsanteils der Stadt Graz, der einem Nominale von € 700,00 und somit einer 2-%-igen Beteiligung am Stammkapital an der Energie Graz GmbH entspricht, in die Energie Graz Holding GmbH rückwirkend zum 31.12.2017 zuzustimmen und folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg
2. Der beabsichtigten Einbringung des obgenannten Geschäftsanteils der Stadt Graz, der einer zur Gänze einbezahlten Stammeinlage im Nominale von EUR 700,00 an der Energie Graz GmbH entspricht, wird unter gleichzeitigem Verzicht auf das gesellschaftsrechtlich zustehende Aufgriffsrecht bzw. Vorkaufsrecht die ausdrückliche Zustimmung erteilt.
3. Es wird zugestimmt, dass die anlässlich der Abspaltung der Energiebereiche von der Grazer Stadtwerke AG abgeschlossene Rahmenvereinbarung und alle im Zusammenhang damit abgeschlossenen Vereinbarungen und Verträge weiterhin sinngemäß volle Gültigkeit haben; dies unter Berücksichtigung obiger Einbringung. Insbesondere wird klargestellt, dass die

Stadt Graz weiterhin im Sinne Punktes 10. der genannten Rahmenvereinbarung auf die Einhebung einer Benützungsabgabe verzichtet, dies mit den im Punkt 10.2 der Rahmenvereinbarung normierten Folgen für den Fall der Zuwiderhandlung.

4. Die Gesellschafter verpflichten sich und es wird zugestimmt, nach erfolgter Einbringung des Geschäftsanteils der Stadt Graz in die Energie Graz Holding GmbH den Gesellschaftsvertrag neu zu fassen. Mit der Neufassung wird keine wirtschaftliche oder grundlegend rechtliche Änderung des Gesellschaftsvertrages angestrebt, sondern dient dies dazu, den Gesellschaftsvertrag an die aktuellen Beteiligungsverhältnisse anzupassen und zu vereinfachen bzw. zeitgemäß zu formulieren. Den inhaltlichen und redaktionellen Änderungen des beiliegenden Entwurfes wird zugestimmt.

II.

Der Vertreter der Stadt Graz in der Energie Graz GmbH & Co KG, Stadtrat Dr. Günter Riegler, sowie analog die Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH bzw. deren Tochter Energie Graz Holding GmbH, werden ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht und der beiliegenden Gesellschafterbeschlüsse im schriftlichen Weg der Einbringung des gesamten Geschäftsanteils der Stadt Graz, der einer Haftsumme von € 140.000,00 und somit einer 2%-igen Beteiligung am Stammkapital an der Energie Graz GmbH & Co KG entspricht, in die Energie Graz Holding GmbH rückwirkend zum 31.12.2017 zuzustimmen und folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg
2. Der beabsichtigten Einbringung des obgenannten Geschäftsanteils der Stadt Graz, der einer zur Gänze einbezahlten Stammeinlage der einer Beteiligung von 2% am Vermögen, Gewinn und Verlust der Energie Graz GmbH entspricht, wird unter gleichzeitigem Verzicht auf das gesellschaftsrechtlich zustehende Aufgriffsrecht bzw. Vorkaufsrecht die ausdrückliche Zustimmung erteilt.

3. Es wird zugestimmt, dass die vorne genannte Rahmenvereinbarung und alle im Zusammenhang damit abgeschlossenen Vereinbarungen und Verträge weiterhin sinngemäß volle Gültigkeit haben; dies unter Berücksichtigung obiger Einbringung. Insbesondere wird klargestellt, dass die Stadt Graz weiterhin im Sinne Punktes 10. der genannten Rahmenvereinbarung auf die Einhebung einer Benützungsabgabe verzichtet, dies mit den im Punkt 10.2 der Rahmenvereinbarung normierten Folgen für den Fall der Zuwiderhandlung.
4. Die Gesellschafter verpflichten sich und es wird zugestimmt, nach erfolgter Einbringung des Geschäftsanteils der Stadt Graz in die Energie Graz Holding GmbH den Gesellschaftsvertrag neu zu fassen. Mit der Neufassung wird keine wirtschaftliche oder grundlegende rechtliche Änderung des Gesellschaftsvertrages angestrebt, sondern dient dies dazu, den Gesellschaftsvertrag an die aktuellen Beteiligungsverhältnisse anzupassen und zu vereinfachen bzw. gemäß zeitgemäß zu formulieren. Den inhaltlichen und redaktionellen Änderungen des beiliegenden Entwurfes wird zugestimmt.

GR. Mag. **Haßler:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. An und für sich wäre das Stück kein großes Problem, wenn nicht die Energie der Fliederkollation etwas übergroß wäre, vor allem beim Machtausbau, weil dieser Machtausbau der Fliederkollation hat dazu geführt, dass eben bei der Opposition nicht so ein Überspannungskurzschluss irgendwie eintritt und dementsprechend ist das Stück dann doch nicht so einfach zu handhaben, wie es beim ersten Blick klingt. Sachlich, fachlich, finanztechnisch klingt es logisch, demokratiepolitisch hat es schon wesentliche Auswirkungen, weil durch die Abgabe dieser 2 % zukünftig der Gemeinderat nicht mehr in der Lage ist, sein Augenmerk so auf diese Gesellschaft zu richten, wie es bisher der Fall war. Bisher haben wir laufend bei Jahresabschlüssen, bei Wirtschaftsplänen, bei sonstigen Änderungen eine

Stimmrechtsermächtigung an Herrn Finanzstadtrat geben müssen. Und daher hatten wir dieses Stück laufend auch im Gemeinderat. Zukünftig wird diese Gesellschaft nur mehr im Aufsichtsrat der Holding dann näher besprochen werden und da haben wir die Problematik, dass da 23 Gemeinderäte mit ihren Fraktionen nicht vertreten sind. Aus dem Grund sehen wir eben in diesem Stück dann doch ein Problem und deshalb werden wir diesem Stück auch in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR. Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Man kann dieses Stück natürlich sehr pragmatisch sehen, wie es auch der Kollege Frölich heute im Finanzausschuss uns sozusagen empfohlen und nahegelegt hat. Dann käme man sozusagen zum Schluss, es wird alles einfacher, wie du es auch gesagt hast, statt drei gibt es dann nur mehr zwei Gesellschafter in dieser Gesellschaft und man würde sich die Körperschaftssteuer quasi sparen. Wir sehen es allerdings weniger pragmatisch, sondern viel mehr politisch auch so, wie es der Kollege Haßler jetzt vorher schon völlig richtig natürlich auch gesagt hat. Es ist tatsächlich eben so, dass der Jahresabschluss-Wirtschaftsplan dann nicht mehr so im Gemeinderat diskutiert werden kann oder im zuständigen Ausschuss eben und natürlich ist die Frage der Information auch für uns ganz eine wesentliche Frage. Also, das bedeutet, es ist zwar gesagt worden, na ja, man kann ja die Aufsichtsräte sozusagen befragen. Wir haben natürlich als Opposition keine Aufsichtsräte, jetzt können wir uns natürlich wenden an die ÖVP- oder FPÖ-Vertreter im Aufsichtsrat, die haben allerdings eine Verschwiegenheitspflicht (*lacht*), da werden wir uns dann ein bisschen schwer tun. Und wir könnten dann eigentlich nur mehr über den Beteiligungsausschuss über die Holding versuchen, zu Informationen zu gelangen, ob die diese Informationen dann auch immer so parat haben, wenn es um Tochter- und Enkelgesellschaften geht, ist dann die Frage. Und von daher werden wir diesem Antrag, diesem Stück, ebenfalls nicht zustimmen können. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Ribo:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Auch wir werden dem Stück nicht zustimmen. Meine Vorredner haben ja schon einige Gründe genannt, da sind wir uns, glaube ich, einig. Auf der einen Seite steht eben die Steuerersparnis, die ist aber für uns halt nicht vordergründig im Sinne, wenn es um Transparenz und Kontrolle geht. Wir verlieren dadurch Kontrollrechte und das bedeutet auch weniger Transparenz für uns. Wir haben das Stück auch im Finanzausschuss zum Teil diskutiert und, wie der Herr Stadtrat Riegler auch selbst gesagt hat, es ist jetzt eine indirekte Beteiligung, indirekte Beteiligung ist nicht das gleiche wie eine direkte Beteiligung. Wir bekommen keine Einzelbilanzen mehr, wir bekommen keine Wirtschaftspläne mehr. Wenn wir möchten und wollen, ja, im Beteiligungsausschuss gibt es die Möglichkeit, dass man dann nachfragt. Ich bin ein Teil vom Beteiligungsausschuss und weiß auch oft, wie schwierig es ist, dort auch trotz Nachfrage die Antworten geliefert zu bekommen. Deswegen, wie gesagt, auch von uns ein Nein (*Appl.*).

StR Riegler:

Also nicht, dass ich Sie überzeugen möchte oder hoffe, dass ich Sie noch gewinne, sich in Ihrem Abstimmungsverhalten umzustellen, möchten wir schon ergänzen, dass es gerade im Finanz- und Beteiligungsausschuss guter Brauch ist, dass wir, wenn wir regelmäßig Beteiligungsvertreter, z. Bsp. Holding Graz, einladen, wir selbstverständlich immer auch bitten darum, immer im Vorfeld bereits konkrete Fragen abzuliefern. Und es wäre überhaupt kein Problem, wenn wir z. Bsp. fix vereinbaren würden, einmal im Jahr möge der Holdingvorstand, Holding Graz, eben im Beteiligungsausschuss Auskunft nicht nur über die Bilanz der Holding selbst abgeben, sondern eben auch über die ganzen Tochtergesellschaften wie z. Bsp. Flughafen oder Ankünder. Die sind auch keine direkten Beteiligungen und dies ist bisher auch kein Problem und Sie können selbstverständlich im Beteiligungsausschuss alle Fragen zum Ankünder oder zur Holding stellen, wenn Sie eben, oder zum Flughafen, wenn Sie eben vorher auch sagen, weil dann kann man sich besser vorbereiten. Also auf das möchte ich schon hinweisen.

Zweiter Hinweis sei mir noch gegönnt. Selbstverständlich unterliegt auch nach wie vor die Energie Graz dem Prüfungsradius des Stadtrechnungshofes. Also, wenn Sie von einer Einschränkung von Kontrollrechten sprechen, dann muss ich das korrigieren. Das ist so nicht richtig. Sie haben genau dieselben Rechte und Befugnisse wie bisher auch, nur eben nicht direkt, sondern indirekt. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bringe ich das Stück zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Damit ist dieses Stück angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (28:18 gegen KPÖ, Grüne, SPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

7.38 Stk. 31) A 14 – 001300/2014

04.17.1 Bebauungsplan, „Wiener Straße - Grüne Gasse“, 1. Änderung IV. Bez., KG Lend, Beschluss

Piffli-Percevic:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Zum Stück 31. Es handelt sich um einen Bebauungsplan und zwar eine Änderung. Die erste Änderung in der Wiener Straße. Dort steht, und zwar im Geviert Wiener Straße/Grüne Gasse, dort ist auch ein öffentlicher Platz entstanden, der noch um eine Fläche von 431 m² neben einem denkmalgeschützten Haus ergänzt und erweitert werden soll. Es ist damit auch, was ganz wichtig ist, bei Denkmalschutz ist immer anzustreben eine zeitgemäße Nutzung, die nicht immer möglich ist. Dort ergibt

sich das aber und in Verbindung mit diesem öffentlichen Platz nochmals im Ausmaß von 431 m² wird also eine ursprüngliche Absicht nunmehr auch realisiert durch diese Änderung. Ich ersuche Sie um Zustimmung.

Darf ich gleich weiter berichten und um getrennte Abstimmung ersuchen?

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem 04.17.1 Bebauungsplan „Wiener Straße - Grüne Gasse“, 1. Änderung bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht wird zugestimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

7.39 Stk. 32) A 14 – 009517/2016

04.24.1 Bebauungsplan, „Wiener Straße 34- Grüne Gasse“, 1. Änderung, IV. Bez., KG Lend, Beschluss

Piffli-Percevic

Im selben Bereich in der Wiener Straße 34, auch Grüne Gasse, gibt es einen Platz von 1.322 m², der auch, da gibt es auch einen Vertrag dazu, als öffentlich genutzter Platz nunmehr ausgewiesen werden soll. Auch im Flächenwidmungsplan bzw. in der Plandarstellung mit einem sogenannten „V“ bezeichnet. In beiden Fällen, das möchte ich, das ist wichtig zu ergänzen, gibt es bei der Bebauungsdichte, die in Summe nicht überschritten wird, aber eine Dichteerhöhung in Kompensation dieser für die Öffentlichkeit nunmehr zur Verfügung gestellten Flächen. Das ist in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Regelungen. Stichwort Bebauungsdichte-Verordnung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem 04.24.1 Bebauungsplan „Wiener Straße 34 - Grüne Gasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht wird zugestimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

7.40 Stk. 33) A 14 – 044510/2018

05.02.2 Bebauungsplan, „Hauptbahnhof Süd“, 2. Änderung, V. Bez., KG Gries, Beschluss

Piffli-Percevic

Hauptbahnhof Süd, zweite Änderung. Dort ist schlicht und ergreifend ein Gang zum Stadtarchiv, und zwar im Jahr 1930, erforderlich gewesen, um zu erklären die Nichtübereinstimmung der Nutzung dieser dortigen Fläche mit der Realität. Aber wenn man dort nachschaut 1930, sieht man, dass das alles rechtmäßig damals auch für diese private Nutzung auch geregelt wurde. Hier gilt es, den Flächenwidmungsplan in weiterer Folge aber jetzt den Bebauungsplan einfach zu korrigieren. Es ergibt sich sonst keine Implikation, weil es sich um eine geringe Fläche handelt.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem 05.02.2 Bebauungsplan, „Hauptbahnhof Süd“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht wird zugestimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

7.41 Stk. 34) A 14 – 047986/2014

14.13.1 Bebauungsplan

„Reininghausstraße – Alte Poststraße – Alt-Reininghaus“, 1. Änderung, XIV. Bez., KG Baierdorf, Beschluss

Piffli-Percevic

Reininghausstraße/Alte Poststraße/Alt Reininghaus. Wir befinden uns im sogenannten ersten Quadranten des Rahmenplanes von Reininghaus und hier wird durch einen Eigentümerwechsel eine verhältnismäßig große mehrere Grundstücke umfassende Fläche nunmehr durch den Eigentümerwechsel so genutzt, dass dieser einheitliche Bebauungsplan jetzt segmentiert wird, ohne inhaltlich Änderungen vorzunehmen. Also weder für die Dichte noch für die sonstigen Festlegungen des von uns beschlossenen Bebauungsplanes ergibt sich eine Änderung. Es waren bisher drei Grundstücke und die werden in jetzt 1 a, b, c, in 2 a, b, c, und 3 bleibt gleich, geändert. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass sich gerade bei dieser erfreulichen Bauentwicklung und bei diesem auch großen Andrang bei der Stadtplanung, was die Erstellung von Bebauungsplänen betrifft, sehr personalintensiv auch folgende Frage zunehmend stellt: Wenn es nur um Änderungen von Parzellen innerhalb eines Bebauungsplangebietes geht, was natürlich das Stadtbauamt zu genehmigen hat und wofür es Vorschriften gibt, sollte, und wir sind schon im Gespräch mit den Landesinstanzen, sollte es sozusagen ohne Änderung des Bebauungsplanes möglich werden in Hinkunft, Parzellengrenzen und damit eine teilweise eigentumsmäßige Übertragung von Teilen des Bebauungsplangebietes vorzunehmen. Das ist nutzer- und investorenfreundlich. Auf der anderen Seite sollten wir sehr wohl es begrüßen, wenn große Flächen gemeinsam beplant werden, aber dann sollte einem Investor nicht der Nachteil erwachsen, dass er, wenn jemand nur den Bürotrakt oder nur den Wohntrakt oder nur eine Teilfläche nimmt und nicht den Bebauungsplan zu ändern, dass da noch einmal ein kompliziertes oder aufwendiges Bebauungsplanverfahren platzgreift. Eine diesbezügliche Antragsstellung und auch schon eine Vorbegutachtung beim Land ist

sehr positiv gelaufen. Ich ersuche um Annahme dieser vier Bebauungsplanänderungen.
Herzlichen Dank (*Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem 14.13.1 Bebauungsplan „Reininghausstraße – Alte Poststraße – Alt Reininghaus“,
1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt
Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht wird zugestimmt.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Wir kommen zur Abstimmung im Einzelnen bzw. davor die Frage, gibt es zum Stück 31
eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann bringen wir das Stück zur Abstimmung.
Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ein einstimmiger Beschluss
Wir kommen zum Stück 32, gibt es hier eine Wortmeldung? Auch nicht der Fall. Bitte
um die Abstimmung, wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand? Ebenso
einstimmig. Stück Nr. 33 eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Die Abstimmung, bei Für-
Stimmen bitte um ein Zeichen mit der Hand? Ebenso einstimmig angenommen. Stück
34, eine Wortmeldung? Auch nicht. Bitte um die Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um
ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Berichterstatter: GR. Ing. Lohr

7.42 Stk. 35) A 14 – 122356/2015

**16.05.3 Bebauungsplan
„Grillweg – Erna-Diez-Straße“, 3.
Änderung, XVI. Bez., KG Webling,
Beschluss**

GR Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, der letzte Bebauungsplan für heute. Der Bebauungsplan Grillweg/Erna-Diez-Straße wurde im Juni 2016 vom Gemeinderat beschlossen. Seitens der neuen Eigentümer des Bauplatzes B, Porsche Konstruktionen GmbH, wurde nunmehr der Antrag auf Änderungen dieses Bebauungsplanes gestellt. Der Bauplatz B war von den früheren Eigentümern für eine Wohnbebauung vorgesehen, die neuen Eigentümer möchten jedoch nun ihren Gewerbebetrieb, der auf den benachbarten östlichen Liegenschaften liegt, erweitern. Um eine sinnvolle Umsetzung zu gewährleisten und um gewissen Qualitäten zu sichern, sind Änderungen sowohl in der Verordnung als auch im Planwerk notwendig. Die wichtigsten Änderungen, die Baugrenzlinie am Bauplatz B wurde so nach Osten verlängert, sodass eine Kuppelung an das östlich angrenzende Grundstück möglich ist. Bei Bauplatz B wurden die zwei möglichen Zufahrten auf eine zentrale reduziert und am Bauplatz A 1 wurde die Lage der freien Parkplätze verschoben und so zwei zusätzliche Baumpflanzungen ermöglicht. Den Rest bitte dem Stück zu entnehmen. Im Ausschuss erfolgte der Beschluss gegen die Stimmen der KPÖ. Ich stelle den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen den 16.05.3 Bebauungsplan Grillweg/Erna-Diez-Straße, dritte Änderung, bestehend aus Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem 16.05.3 Bebauungsplan „Grillweg – Erna-Diez-Straße“, 3. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem

Erläuterungsbericht wird zugestimmt.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Gibt es eine Wortmeldung zu diesem Stück? Das ist nicht der Fall, dann bringe ich es zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenstimmen, gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

Ich darf die Gelegenheit nutzen und die Klubobfrau des Landtagsklubs der KPÖ begrüßen, herzlich willkommen (*Allgem. Appl.*) Frau Klimt-Weithaler.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

7.43 Stk. 37) Präs. 012476/2003/0013 Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ja, das ist ein Stück, über das wir schon im Vorfeld das eine oder andere Mal recht ausführlich diskutiert haben. Es geht hier um die Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz. Wir haben in der Stadt Graz eine eigene Kommunikationsabteilung geschaffen und in dieser Abteilung werden jetzt in Hinkunft dann alle Außenauftritte, die wir in der Stadt, im Hause Graz, haben, gebündelt, konzentriert, gemeinsam nach außen hin eben der Auftritt der Stadt Graz vorgestellt oder bzw. Themen, die die Stadt an den Bürger, an die Bürgerinnen bringen möchte, über diese Abteilung an die Bevölkerung gebracht. Und damit wir das auch

ordnungsgemäß machen, gibt es dann dafür eine Richtlinie. Die Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz, sie liegen vor. Sie sind im Ausschuss ausgiebig auch diskutiert worden. Die Stadt hält sich da an das Medientransparenzgesetz des Bundes und wir erfüllen alle diese Auflagen und daher ist es für uns eine angenehme Seite, wenn wir auch aus Gründen der Sparsamkeit in Zukunft den Außenauftritt der Stadt Graz über eine gemeinsame Stelle machen. Denn nur so können wir erreichen, dass wir die entsprechenden guten Boni von den Medien zur Verfügung gestellt bekommen. Es ist einfach besser, wenn man eine größere Anzahl an Schaltungen konzentriert vorbereitet, damit wir auch den entsprechend günstigen Tarif für die Stadt erhalten können. Wie gesagt, im Ausschuss ist darüber diskutiert worden. Es ist mehrheitlich angenommen worden und ich bitte jetzt Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Richtlinien zuzustimmen, damit auch unsere neue Kommunikationsabteilung entsprechend tätig werden kann und nach diesen neuen Richtlinien die Stadt Graz bestmöglich nach außen vertreten kann und ich bedanke mich schon jetzt einmal bei dem neuen Abteilungsleiter, Herr Max Mazelle steht da hinten. Er wird diesen Auftritt nach außen für uns alle dementsprechend gut und toll machen. Dankeschön und ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem beigelegten Entwurf der „Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz" wird zugestimmt.
2. Die "Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz" treten am 1. August 2018 in Kraft und gleichzeitig treten die Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz, GZ: 012476/2003/0002, in der Fassung vom 19.9.2007 außer Kraft.

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste. Ja, wie der Kollege Pogner schon

erwähnt hat, wir haben das Stück, ich zuerst im Verfassungsausschuss und heute auch im Finanzausschuss diskutiert und da sind wir uns nicht ganz einig. Deshalb möchte ich eben, dass auch uns es wichtig ist, dass die Stadt Graz mit der Zeit mitgeht. Es ist so, die Medienlandschaft hat sich verändert, das wissen wir, dass da Anpassungen notwendig sind, dass wir da mit der Zeit mitgehen, dass da Veränderung notwendig ist, ja, ist klar, auch von uns ein klares Ja. Was uns bei dieser Richtlinie oder bei dieser neuen Richtlinie der Öffentlichkeitsarbeit stört bzw. was unsere Kritik ist, ist auch schon, glaube ich, bekannt, es geht um das Kopfverbot. Kopfverbot heißt eben eine Veröffentlichung des Bildes eines Mitgliedes des Stadtsenates, Gemeinderates oder Abteilungsvorstandes waren bis jetzt nicht zulässig. Beim Durchlesen der neuen Richtlinie habe ich diesen Passus eben vergeblich gesucht. Den findet man nicht mehr, der ist gestrichen worden, was sehr schade ist. Es ist so, dass wir als Stadt Graz in diesem Bereich eine Vorreiterrolle hatten, auf die wir auch stolz waren. Es war etwas, es war eine Regelung, die gut funktioniert hat, die bis jetzt eben nicht wirklich Probleme gemacht hat, deswegen auch die Frage, warum ändert man das jetzt? Wenn das bis jetzt gut angenommen wurde. Uns fehlt diese Richtlinie weiterhin. Wir hätten sie gerne weiterhin drinnen gehabt. Es ist ja nicht so, dass wir als Parteien zuwenig Parteiförderung bekommen würden, da bekommen wir doch einiges an Geld, das heißt, es ist weiterhin möglich, halt in dieser Richtung Parteiwerbung zu machen. Wo wir natürlich die Gefahr sehen mit dem bzw. mit der Streichung des Punktes sechs und sieben, dass eben hier auch zum Teil durch ein Hintertürl, wie soll man sagen, es wird einfach Tür und Tor für Parteiwerbung aufgemacht und das ist etwas, was wir nicht wollen. Es ist so, dass die Öffentlichkeit der Stadt Graz, die Abteilungen und ihre Leistungen sollen da im Vordergrund stehen und nicht die zuständigen parteipolitischen Personen. Und mit dieser Richtlinie ist es einfach nicht mehr gewährleistet, dass das nicht mehr so sein wird. Und das ist etwas, was uns Sorge macht. Wir haben auch damals bei der Errichtung der Kommunikationsabteilung kritisiert in die Richtung, dass wir eben uns nicht sicher sind, wie es weitergehen wird mit der Kommunikationsabteilung und genau das hat sich jetzt leider bestätigt. Also die Tendenz, wie der Kollege Haßler heute auch schon gesagt hat, ist erkennbar für uns

alle und das macht uns Sorgen und ja, wir hätten gerne wieder so eine Richtlinie (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mohsenzada:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie. Auch wir können dem Stück nicht zustimmen, da es ein Rückschritt für die Transparenz bedeutet. Denn zwei wesentliche Punkte aus den alten Richtlinien wurden herausgestrichen. Zum Einen darf nun Steuergeld für Kopfwerbung verwendet werden und zum Zweiten fehlt nun leider das Verbot der Vermittlung von parteipolitischen Inhalten und Aussagen. Wohin solche Maßnahmen führen können, hat man in der Vergangenheit auch in Kärnten gesehen. Für die Stadt Graz bedeutet das einen Rückschritt und wird sicher nicht von der Bevölkerung goutiert, wenn mit Steuergeld Personenwerbung betrieben wird. Danke (*Appl.*).

GR Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Stadträtin, Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer. Auch wir sehen das sehr, das sehr skeptisch. Wir haben das von Beginn an begründet, dass wir hier die Sorge haben und obwohl ich, das muss ich gleich vorausschicken, ich war bei der Anhörung dabei, ich halte den Herrn Max Mazelle als Abteilungsvorstand für absolut geeignet, das will hier vorausschicken an dieser Stelle, nur sind wir der Meinung, dass man die Abteilung grundsätzlich in dieser zusammengeführten Form, angehängt an das Bürgermeisteramt, nicht bräuchten, weil Peter Launsky-Tieffenthal ist in Wien, das brauchen wir jetzt nicht in Graz. Also das heißt, wir haben einfach oder unsere begründete Sorge hat sich jetzt verschriftlicht in den Richtlinien, in denen ein Kopfverbot, wie schon angesprochen, herausgekommen ist, auch Parteiaussagen, also die Konkretisierung gegen Parteiaussagen in Inseraten etc. auch herausgenommen wurde. Also, wie gesagt, eine Verschriftlichung dessen,

was wir schon befürchtet haben und insofern werden wir das auf jeden Fall ablehnen (*Appl.*).

GR Sippel:

Hoher Gemeinderat. Also, wir unterstützen diese neuen Richtlinien. Ich persönlich finde das als sehr, sehr gute neue Einrichtung. In erster Linie geht es um die Bündelung insbesondere dessen Außenauftritts der Stadt Graz. Es steht ja drinnen im Stück, es geht um maximale Kommunikationswirksamkeit und was genau so wichtig ist, das ist eben auch, dass wir den Medienplan vereinheitlichen und die Synergieeffekte nutzen, das heißt, es wird billiger werden. Der Max Mazelle hat das auch im Ausschuss bekanntgegeben, er schätzt, so um 20 % sparen wir uns bei den unterschiedlichen Inseraten, die die Stadt Graz in den diversen Medien tätigt und das ist auch bitte bei den Summen, die wir da aufwenden, ja keine Kleinigkeit. Und was das, so wie es jetzt vorgetragen worden ist, das Kopfverbot betrifft, also ich persönlich finde, das ist ein Fortschritt (*Allgem. Lachen*), also ich kann das auch begründen. Dir wird das Lachen gleich vergehen, lieber Michi Ehmann.

Zwischenruf GR Ehmann: Es kommt drauf an wer drauf ist!

Sippel:

Ich meine, und zwar es ist schon die Frage, warum soll ein Stadtrat nicht auch im Bereich seiner Zuständigkeit die Möglichkeit haben aufzuscheinen?
Neben wir einmal her den Umweltbereich. Die Frau Stadträtin Wirnsberger, wenn es z. Bsp. um das Umweltfest geht oder den Umweltzirkus geht, ich meine jetzt nicht die Grüne Partei per se, wenn es darum geht, dann soll sie doch bitte die Möglichkeit haben, das zu kommentieren, das vorzustellen, den Bürgern näherzubringen. Also ich finde das als einen absoluten Vorteil und was wir damit machen, ist, dass wir in

Wirklichkeit transparent agieren, weil nämlich die Ressortzuständigkeit des Stadtrates auch vom zuständigen Stadtrat vorgestellt wird. Und wir vermengen eben nicht, und dafür wird die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit sorgen, wir vermengen eben nicht Parteipolitik und Ressortzuständig und ich finde es ganz besonders lustig, dass die KPÖ da herauskommt und jetzt die Sorge äußert über die Vermengung von Ressortzuständigkeit und Parteipolitik. Weil was macht die Frau Verkehrsstadträtin Kahr die ganze Zeit? Die geht zur Betriebsversammlung der Holding Linien und macht genau das, indem sie als Verkehrsstadträtin dort auftritt. In Wirklichkeit kommunistische Propaganda von sich gibt und das ist genau diese Verquickung von Parteipolitik und von Ressortzuständigkeit, die eben auch mit diesen Richtlinie in Zukunft hintangestellt werden und das ist aus meiner Sicht ein Fortschritt und tun wir uns nicht selber belügen als Politik.

Zwischenruf StR Krotzer: Aber sie nimmt kein Steuergeld dafür!

Sippel:

Seien wir selbstbewusst, stehen wir auch zu dem, was unsere Stadträte in den Ressorts leisten und geben wir Ihnen auch die Möglichkeit, dass sie das den Bürgern im Sinne auch einer Transparenz kundtun. Was noch nicht gesagt worden ist, ist der Punkt, dass wir uns jetzt auch anlehnen an den Bund und zwar an das sogenannte Medienkooperations- und Förderungstransparenzgesetz, wo es nicht möglich sein wird, dass beispielsweise aus der Legislative Minister oder auch Landesräte eben irgendwo in einer Schrift der Stadt Graz aufscheinen. Das ist ja in weitere Folge nicht möglich und ich denke, insgesamt ist es eine fortschrittliche Angelegenheit, das sind fortschrittliche Richtlinien und wir lügen uns als Politik endlich selbst nicht mehr in die Tasche (*Appl.*).

GR Swatek:

So, ich möchte mich meinen VorrednerInnen der Opposition inhaltlich anschließen und das nicht noch einmal wiederholen. Das haben wir schon gehört. Ich möchte aber ein Beispiel herauspicken, wo man sieht, warum die Richtlinie, wie sie in der Form heute beschlossen werden sollte, keine gute Idee ist, nämlich, dass das Kopfverbot fällt. Und das ist einfach die Stadt Wien. Wien, rote-grüne Regierung, und was passiert dort? Da es kein Kopfverbot gibt, es wird absolut auf jeden Flyer, auf jeden Folder, aber auch auf jeder Veranstaltungsmöglichkeit, auf jeden öffentlichen Ort ein Gesicht draufgeklescht. Da geht man zum berühmten Wiener ArbeiterInnenstrand, wen sieht man da, lachen einem die Politiker vom Bild herunter. Man fährt in Wien einen Radweg entlang, stehen dort Tafeln mit Politikergesichtern, die sich selbst feiern, dass sie diesen Radweg beschlossen haben. Und die Frage ist einfach, ist das wirklich das, wo wir hinwollen? Dass wir so ein Kopfverbot fallen lassen, dass in Zukunft an jedem hier, was hier von der Stadtregierung beschlossen wird, dann daneben ein Plakat hängt oder Schild hängt, wo dessen Kopf abgedruckt ist und sich selbst feiern kann, nur in der Hoffnung, bei der nächsten Wahl wieder mehr Stimmen zu machen, damit auch jeder ja sieht, dass ja die eine Fraktion hier am meisten macht.

Zwischenruf GR Pogner: Vielleicht, weil gerade Wahlkampf ist?

Swatek:

Das halte hier für falsch und ich glaube einfach, dass wenn man in der Regierung sitzt, man nicht überall seinen Kopf draufdrücken sollte, weil es nicht immer nur eine Partei daran beteiligt und deswegen sind die Richtlinien in der Form sicherlich ein Rückschritt für die Transparenz und auch für die Öffentlichkeitsarbeit, wie wir sie in Zukunft anlegen werden (*Appl.*).

GR Dreisiebner:

Die Wortmeldung bezieht sich nur auf den offensichtlich trotz einiger Spitzfindigkeiten ganz gut eingeleseenen Kollegen Klubobmann Sippel. In der letzten Sitzung hat ja der Kollege Ehmann das Beispiel hergezeigt, dass in einem Gemeindewohnbau im öffentlichen Schaukasten bzw. im Gemeindewohnhaus-Schaukasten eine Werbung der Partei, der du angehörst, mit oder ohne Kopf habe jetzt nicht mehr so in Erinnerung. Kannst du uns bitte Auskunft geben, ist das dann in jedem Gemeindewohnhaus zu erwarten, dass der Herr Vizebürgermeister und Wohnungsstadtrat ausgehängt wird? Vielen Dank (*Appl.*).

*Zwischenruf GR **Stöckler**: Fragestunde war schon!*

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte bzw. ich muss zunächst wirklich sehr entschieden die Aussage von dir, lieber Armin, zurückweisen, was du nämlich vorher gesagt hast, nämlich, dass die KPÖ, namentlich die Elke Kahr, vermengen würde Parteipolitik und politische Ressortzuständigkeit. Es ist in keinster Weise so gewesen, dass die Elke Kahr bei der Betriebsversammlung, die du auch angesprochen hast, bei der Holding Graz, dort kommunistische Propaganda gemacht hätte. Hat sie eben nicht gemacht, hat auch sonst niemand gemacht dort, nebenbei bemerkt, sondern es hat dort eine bekannte Betriebsversammlung gegeben, wo es um die bekannten Themen gegangen ist, auch und vor allem auch um Fragen der internen Organisation, wenn man es so nennen will, Urlaube usw. bei der Holding Graz und dass die zuständige Verkehrsstadträtin an so einer Versammlung teilnimmt, kann man ihr wohl kaum irgendwie absprechen, sondern ich halte ...

Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates: Doch, kann man! Das ist das Thema dieses Stückes.

GR Eber:

... sondern ich halte das für absolut richtig, dass das passiert, um auch zu schauen, also wie geht es eigentlich den Beschäftigten, für die man zuständig ist (*Allgem. Appl.*). Jetzt noch ganz kurz zum Stück selber. Wir haben das andere Stück, sozusagen, wo es nämlich geht um die Abteilung für Kommunikation, bereits in der En-bloc-Abstimmung gehabt. Auch ich möchte hier an dieser Stelle das unterstreichen, was der Michi Ehmann vorher gesagt hat, nämlich, dass auch für uns außer Streit und außer Frage steht die Person Mazelle. Auch wir waren der Meinung, dass er hervorragend, da ist er eh noch da (*lacht*), geeignet ist für diese Tätigkeit. Es waren ein paar von Anfang an dagegen, dass diese Kommunikationsstelle in dieser Form überhaupt eingerichtet wird, weil es nicht darum geht, dass da irgendwie Kosten eingespart werden, sondern im Gegenteil, mit diesen, wie es immer so schön heißt, mit diesen Einsparungen, die zumeist mit solchen Zusammenziehungen einhergehen, wurde das Budget ausgeweitet. Und ausgeweitet wurde es eben auch mit heutigem Beschluss, nämlich um, ich glaube, etwas über € 450.000,-- ,und da ist natürlich auch unsere Sorge, dass dies nicht zuletzt für die Volksbefragung zu Olympia verwendet wird letztlich.

Zwischenruf GRⁱⁿ Gmeinbauer: Du spannst aber einen weiten Bogen, wir reden über die Richtlinien!

Eber:

... genau, deswegen haben wir bei der En-bloc-Abstimmung, wie man die behandelt haben, ja gesagt, dass man dieses zweite Stück noch haben und die sozusagen da auch mitdiskutieren können ein bisschen. Was ansonsten die Richtlinien anbelangt, ist von

Kollegin Mohsenzada, von Michi Ehmman, von der Bedrana eigentlich alles gesagt worden, was ich auch sehr unterstreichen möchte und wie gesagt, wir werden diesem Stück natürlich nicht zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Jetzt erlaube ich mir auch, was ich selten tue, mich da zu Wort zu melden. Im muss der sogenannten Opposition entgegenhalten und das ist das alte geflügelte Wort „Wie der Schelm denkt, so ist er“, und wir denken eben nicht so wie ihr, sondern wir haben vor, hier ein sehr transparentes System aufzuziehen und das ist schon erwähnt worden. Die anderen Kolleginnen und Kollegen, die hier heraußen auf der Regierungsbank sitzen und ihre Verantwortlichkeiten haben in den verschiedenen Ressorts, werden detto vorkommen, werden detto in der BIG abgebildet sein zur ihren Themenstellungen und, ich glaube, das zeigt ja auch eindeutig auf, dass hier nicht nur an die sogenannte Koalition gedacht worden ist, sondern eben, dass breiter aufgestellt wird. Was immer dann für Auswüchse aus dem Ganzen herauskommen werden, das werdet ihr ganz genau beobachten und dementsprechend thematisieren und, ich glaube, Ihr werdet überrascht sein, dass das, was ihr jetzt uns unterstellt, in keiner Weise sein wird, sondern wir werden hier die Stadt Graz dementsprechend vertreten. Wir werden hier die Themenstellungen, die vielen, nach außen transportieren und was man auch darüber vergisst, da war bis jetzt auch das sogenannte Kopfverbot für die Abteilungsleiter gegeben. Und warum soll ein Abteilungsleiter, der für wichtige Ämter zuständig ist, nicht auch nach außen treten können und die Leistungen seiner Abteilung vorstellen? Das ist etwas, was wir neu einführen, das ist, glaube ich, wichtig und die Bevölkerung hat auch letztlich ein Anrecht darauf. Ein letzter Satz zur Kollegin Elke Kahr, weil es thematisiert worden ist, liebe Elke. Du hast kein Recht, dort gewesen zu sein, weil es war eine Betriebsversammlung. Du bist nicht für das Personal verantwortlich, also hast du dort rein politisch agitiert und hast deine Funktion dazu missbraucht und daher ist es nicht zulässig. Schlusswort hat der Antragsteller GR Pogner.

*Zwischenruf: Frau StRⁱⁿ **Elke Kahr**: Ich möchte mich zu Wort melden.*

Bgm.-Stv. **Eustacchio**:

Er ist am Wort, du kannst dich später melden.

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Elke Kahr**: Na, nach dem Schlusswort kann ich mich nicht mehr zu Wort melden, jedoch zur Geschäftsordnung kann ich mich immer zu Wort melden.*

GR **Pogner**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen. Naja, warum wundert es mich jetzt gar nicht, dass die KPÖ dagegenstimmt? Also, ihr habt bis jetzt eigentlich selten bis gar nie für irgendetwas gestimmt, was sich in der Stadt etwas positiv verändern kann (*lautes Reden im GR-Saal*) (*Allgem. Appl.*) Ich habe bis jetzt noch wenig Gegenliebe von der KPÖ vernommen, wenn es z. Bsp. um das letzte Budget oder irgendsoetwas gegangen ist, da wart Ihr auch nicht dabei. Also, im Prinzip wäre es die große Überraschung gewesen, wenn ihr plötzlich dafür gewesen wäret. So, aber es gibt ja noch ein paar andere Fraktionen hier herinnen, die sich immer wieder so auf das Fähnchen heften, wir sind doch alle so, wir müssen doch schauen, dass alle gleich sind, dass alle gut und gleich behandelt werden. Die gehen jetzt her und stimmen bei diesen Richtlinien dagegen, wobei es da ua. auch um eine Gleichbehandlung gegenüber Außenstehenden geht. Jetzt überlegen wir einmal, jetzt gibt es eine Veranstaltung, wo die Stadt Graz Mitveranstalter ist. Dort haben ua. private Unternehmungen, die dort ihre Werbung platzieren und die sich dort präsentieren können und unsere Verantwortlichen, ob das jetzt, wenn man schon heute von der Umweltstadträtin gesprochen haben, wenn dieser Umweltzirkus stattfindet, sie dürfte dann dort nicht präsent sein. Ist doch eine Ungleichstellung. Seht Ihr das nicht so? Seht ihr das anders? Verstehe ich nicht ganz. Aber ich finde es gescheit und klass, wenn man

diese Richtlinien beschließen, damit wir eine Gleichstellung gegenüber allen anderen haben und wir halten uns an die Vorgaben des Bundes. Wir brauchen uns ja nicht mehr einschränken, als der Bund das tut. Warum sollten wir uns mehr beschneiden, als der Bund das von allen anderen verlangt? Also daher wir stellen uns gleich auch mit dem Bund diesbezüglich und wir stellen uns gleich gegenüber privaten Anbietern und das ist zu unterstützen und daher bin ich voll und ganz für diese Richtlinien und mit dem Max Mazelle haben wir einen, der darauf achten wird, dass die auch ordnungsgemäß und richtig durchgeführt und gelebt werden und daher bitte ich um die Annahme (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Berichterstatter: StR. Dr. Riegler

7.44 Stk. 40) A 16-003054/2018-004 Kulturjahr 2020

A8 – 77397/2017-24

- 1. Projektgenehmigung über € 5.700.000,00 in der OG 2018 – 2021**
- 2. haushaltsplanmäßige Vorsorge über € 200.000,- in der OG 2018**

StR Riegler:

So, Achtung, meine Zeit läuft schon, bitte. Mit großer Freude trete ich heute vor Sie, lieber hoher Gemeinderat, mit einem kulturpolitischen Stück, dessen Vorbereitung doch ein gutes Jahr gedauert hat und auf das ich insgesamt, glaube ich, sehr stolz sein kann und zwar stolz im Sinne der Sache, stolz im Sinne unserer Grazer Kulturszene und unserer Grazer Kulturarbeit. Wie Sie wissen, haben wir uns relativ frühzeitig in der Koalition darauf verständigt, dass wir in diesem Jahr, in dieser fünfjährigen Gemeinderatsperiode wieder einmal ein Kulturjahr abhalten wollen im Sinne eines

Themenjahres, im Sinne einer Rückschau, im Sinne einer Orientierung, um wieder einmal auch eine Betrachtung darüber anzustellen, wo stehen wir künstlerisch, wo stehen wir wissenschaftlich und auch wohin entwickelt sich die Stadt. Kerngedanke war, das war sozusagen fast ein Schlüsselsatz, dass wir gesagt haben, wir möchten eigentlich gerne wieder einen Sog erzeugen, der durch die Stadt gehen möge, ähnlich auch, wenn er natürlich in dieser Größenordnung nicht finanzierbar wäre, ähnlich wie es 2003 der Fall war, wo eigentlich vom 10. Jänner an mit großer Eröffnung eigentlich eine sehr breite Bevölkerungsschicht sich mit Kunst und Kultur beschäftigt hat und sich auf Kunst und Kultur eingelassen hat. Selbstverständlich war damals viel auch an Kunst im öffentlichen Raum daran beteiligt. Ich denke nur an die Skulptur der Murinsel, ich denke nur an die gespiegelte Stadt oder ich denke auch an die Eröffnung damals des Kunsthauses. Nun ist es so, dass wir jetzt 17 Jahre danach dann sein werden, wenn es 2020 soweit ist und die Idee war, der Gedanke war, tatsächlich wieder einmal eine Art Ruck durch die Gesellschaft und durch das Publikum zu erzeugen. Diesen Ruck, hätte man zunächst annehmen können, dass es ein Festival sein könnte, ein Festival zwischen den Festivals, jetzt muss man wissen, dass es in Graz eine außerordentliche hohe Dichte an kulturellen Veranstaltungen gibt. Ich erwähne nur, dass z. Bsp. das Spleenfestival, dass sich biennial alle zwei Jahre mit Kinder- und Jugendtheater befasst, sich ausgerechnet die Semesterferienwoche im Februar ausgesucht hat, weil die sagen, das ist ziemlich die einzige Woche im ganzen Jahr, in dem nicht noch sonst irgendein anderes Festival stattfindet. Also wir sind eigentlich an Festivals sehr reich. Ich erwähne Diagonale, La Strada, Styriarte, Springfestivals, steirischer herbst und das geht so durch. Daher sind wir eigentlich, wenn ich von „wir“ spreche, meine ich den Kulturbeirat, meine ich den Kreis der Intendantinnen und Intendanten und meine ich letzten Endes auch eine Gruppe von Interessierten, von Stakeholdern, die wir eingeladen zu einem partizipativen Prozess. Wir sind eigentlich zu dem Ergebnis in dieser Gruppe gelangt, dass wir nicht ein neues zusätzliches Festival brauchen, sondern einen Fonds für Sonderprojekte, quasi für Projekte, die man in einem Normaljahr vielleicht nicht realisieren könnte. Das hat zwei oder drei Motive. Das wichtigste Motiv ist, wir wollen eigentlich das Maximum des zur Verfügung gestellten Geldes für die

Künstler und Künstlerinnen, für die Kunstprojekte, aber auch für wissenschaftliche und Stadtentwicklungsprojekte verwenden und möchten eigentlich nicht uns dem Vorwurf aussetzen, bombastische Beträge für eine Parallelorganisation, für ein zusätzliches Festival aufzuwenden. Zweiter Grund ist, dass es uns weniger um eine touristische weltweite Sichtbarkeit geht, dann müsste man wahrscheinlich betraglich das Drei- oder Vierfache aufwenden. Ich erwähne nur, dass die Wiener Festwochen ein Jahresbudget von € 12.000.000,-- haben, der steirische Herbst ein Budget von ca. € 4.500.000,--, € 5.000.000,--, und selbst da kann man zwar in der Szene sich über Jahre hinweg etwas erarbeiten, aber noch immer ist man weit davon entfernt, jetzt wirklich eine weltweite Sichtbarkeit zu erzeugen, das heißt, wir können uns nicht mit dem Kulturhauptstadtjahr 2003 vergleichen. Wir können aber, glaube ich, ein sehr, sehr ordentliches Angebot an die Kunst und an die Wissenschaft und an die Kultur in Graz machen, ihnen Geld zur Verfügung zu stellen für Sonderprojekte, bei dem wir ein paar Spielregeln definiert haben. Erstes Thema, es sollen Zukunftsthemen sein, die behandelt werden sollen. Nach dem Jahr der Rückschau im Jahr 2018, in dem wir uns sehr stark mit den vergangenen Zeiten beschäftigt haben, wollen wir 2020 nach vorne blicken, wollen uns insbesondere genau mit den Fragen beschäftigen, mit denen wir uns auch hier im Gemeinderat oft und gerne und lang und breit unterhalten, nämlich, wohin soll sich die Stadt entwickeln? Wie wollen wir mit der zusätzlichen Dichte, wie wollen wir damit umgehen, dass Menschen eben in neue Stadtteile ziehen, und damit es dann auch hoffentlich ein attraktives Kulturangebot gibt. Das heißt, das Geld, das wir dafür aufwenden wollen in diesem Fonds, das wird ein Kulturjahresfonds sein, soll eben für Projekte abrufbar sein, die sich mit Stadtentwicklung, mit Zukunftsthemen befassen und die sich mit Kultur in einem stark wachsenden Lebensraum befassen. Entscheiden soll, und das ist auch eine Rückkehr, eine Rückbesinnung zur Einfachheit und zu simplen Methoden, entscheiden soll ein Programmbeirat, also ein Kollektiv aus anerkannten Kunstexperten, aus anerkannten Persönlichkeiten, die wir noch vorstellen werden, sofern Sie heute uns Ihre Zustimmung geben sollten. Dieser Programmbeirat möge dann eine Evaluierung der eingereichten Projektanträge durchführen, möge dann auch Empfehlungen aussprechen, was zu tun wäre, welche Projekte vor- und

welche nachzureihen wären und danach wird es dann den ganzen normalen Weg über den Stadtrat in den Stadtsenat geben. Das heißt, es wird dann im Stadtsenat auf Grund der Vorschläge des Programmbeirates, ähnlich wie bei den übrigen Kultur- und Sportförderungen, dann tatsächlich eine Entscheidung über das Programm geben. Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders meinen Dank aussprechen allen jenen, die daran mitgewirkt haben. Wir haben Ihnen im Gemeinderatsbericht in sehr ausführlicher Weise eine Protokollierung aller Workshops und aller inhaltlichen Arbeit beigefügt, damit Sie sich auch eine Meinung bilden können darüber, wie partizipativ und wie breit angelegt der Prozess war von den großen Denkern bis zur sogenannten freien Szene. Ich möchte auch den Kollegen von der SPÖ ganz herzlich danken. Es ist nicht selbstverständlich und ist uns am Anfang viel Wind entgegengeweht worden. Auch in den sozialen Medien, als wir begonnen haben im April 2017. Ich kann mich erinnern, eines der ersten Postings auf Facebook nach der Verkündigung, dass ich eben Kulturstadtrat werden soll, war von jemandem, der geschrieben hat, jetzt wird der Kultur ein „Riegler“ vorgeschoben, also eine recht witzige Verballhornung. Ich bin eigentlich jetzt ein Jahr lang eher in die Richtung damit angetreten, derlei Vorverurteilungen gewissermaßen Lügen zu strafen und eigentlich den Boden aufzubereiten für eine gute Stadtentwicklung, Stadtteilentwicklung, insbesondere in Gebieten wie Reininghaus, insbesondere auch am Gebiet der Mur. Wir werden sicherlich ein, zwei große Veranstaltung brauchen, die auch sozusagen den eigenen Erkennungswert von 2020 vermitteln sollen, aber wir werden auch viele kleinere Veranstaltungen durchführen und organisieren lassen, die eben der Stadtentwicklung und der Stadtteilentwicklung, auch einige Kollegen haben uns das wirklich dringend an das Herz gelegt, helfen sollen. Wie gesagt, ich möchte dir, lieber Mario, dir, lieber Armin, ganz herzlich danken. Es ist nicht selbstverständlich, € 5.000.000,-- sind fast 10 % eines Normalbudgets eines normalen Kulturjahres und ich glaube, dass man mit diesem Betrag schon einiges anfangen kann. Ich übrigen wollen wir eben sehr sparsam sein. Mit dem Stück werden zwei Vollzeit-Äquivalente im Kulturamt geschaffen, das heißt mit der Abwicklung der ganzen Antrags- und Fördermechanik soll das Kulturamt beauftragt werden, das, glaube ich, ein großes Vertrauen genießt. Aus dem

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

Kulturausschuss und dem Finanzausschuss entnehme ich, dass es eine hoffentlich sehr breite Zustimmung geben könnte. Ich würde mir das wirklich wünschen für die Kunst, Kultur und Wissenschaft in Graz, die wirklich, gemessen an der Größe der Stadt, eine ganz, ganz wichtige Bereicherung für diese Stadt sind. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der kulturellen Schwerpunktsetzung der Stadt Graz im Rahmen eines Kulturjahres 2020 wird zugestimmt.

2. Die Projektgenehmigung für die Finanzierung des Kulturjahres 2020 mit einem Gesamtbetrag von € 5.700.000 mit einem Finanzmittelbedarf in der OG

2018 € 200.000

2019 € 1.200.000

2020 € 4.000.000

2021 € 300.000

wird erteilt. Die Bedeckung von € 5.700.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Beteiligungen und Finanzen, der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

3. In der OG des Voranschlags 2018 werden die neuen Fiposse

1.30000. 700020 „Mietzinse“

(Anordnungsbefugnis: A16 und DKL: G0162) mit € 10.000,--

1.30000. 728020 „Entgelte für sonstige Leistungen“

(Anordnungsbefugnis:A16 und DKL: G0162) mit € 140.000,--

geschaffen, die Fipos

1.30000.510000 „Geldbezüge der Vertragsbediensteten der Verwaltung“

um € 50.000,-

erhöht und zur Bedeckung die Fipos 2.91400.080000 „Beteiligungen“ um € 200.000 aufgestockt.

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich möchte mich zu allererst auch dem Dank, den Herrn Stadtrat Riegler schon ausgesprochen hat, an alle Mitwirkenden und natürlich auch an ihn, anschließen für diesen Abschlussbericht zum Kulturjahr 2020. Wie Sie schon gesagt haben, sind € 5.000,000,-- nicht wenig. Es ist 10 % des Grazer Kulturbudgets. Ich bin auch, das habe ich im Ausschuss schon gesagt, sehr begeistert von dem Ansatz, der gewählt wurde, nämlich der Verknüpfung von Kultur, von Kulturarbeit und Stadtentwicklung bzw. auch von der Idee, in die Bezirke zu gehen und dort Kulturprogramm zu machen, weil wir alle wissen, dass das in Graz derzeit sehr zentral ist. Ich habe selbst, wie ich noch in Wien gelebt habe, an einem Projekt über ein Stadtentwicklungsgebiet mitgearbeitet und dort gesehen, was man da alles erreichen kann, wenn Menschen neu in ihre Wohnungen einziehen, in einen Stadtteil einziehen und dann die Kultur schon präsent ist und wieviel Kommunikation man zwischen den Menschen mit Kulturarbeit herstellen kann. Ich freue mich sehr und bin schon sehr gespannt. Ich habe ein bisschen schmunzeln müssen über ein Facebook-Postings eines Exkollegen von uns, der gemeint hat, Sie hätten vorgestern schon das Programm des Kulturjahres 2020 im ÖVP-Club vorgestellt. Ich hoffe, dass das nicht so war, weil wir haben im Ausschuss auch diskutiert wegen dem Programmbeirat und da hätten wir uns gewünscht, dass dieser Programmbeirat auch zum Zeitpunkt des Beschlusses der Mittel für das Kulturjahr 2020 schon bereitsteht und da schließt sich jetzt meine Bitte an. Sie haben gesagt, dass die Besetzung des Beirats zur Hälfte durch Frauen erfolgen wird, durch Künstlerinnen und Kulturmanagerinnen erfolgen wird, dass das einen guten Anteil von Expertinnen und Experten aus der Stadtentwicklungsszene geben wird. Dass auch aus dem Ausland Expertinnen und Experten hinzugezogen werden und wir hoffen natürlich sehr, dass das alles so funktionieren wird und dass das wirklich ein Programmbeirat wird, wo auch die Grazer freie Szene sich sehr gut aufgehoben fühlen wird und wo eben sehr viel Unterstützung für deren Programmpunkte kommt und in dem Sinn freuen uns auf ein schönes Kulturjahr 2020 (*Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann bringe ich das Stück zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ein einstimmiger Beschluss.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Ing. Topf

**7.45 Stk. 41) A 10/5-025252/2009-102
A 8-77397/2017-26
A 8-20081/2006-207**

**Lebensraum Mur,
Augartenabsenkung im Rahmen
der Umsetzung des Murkraftwerks
Graz und des Masterplans Mur
Graz-Mitte Umsetzungsphase 1;
Personenschiffahrt/Bootsanlegestellen**

- 1. Projektgenehmigungen über insgesamt
€ 3.380.000,00**
- 2. Budgetvorsorge über € 1.000.000,00 in
der AOG 2018**
- 3. Ermächtigung für den Vertreter der
Stadt Graz gem. § 87 Abs 2 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz
1967 (Umlaufbeschluss)**

GR Topf:

Ich darf sowohl das Stück aus fachlicher Sicht als auch aus finanztechnischer Sicht berichten. Deshalb ersuche ich um längere Redezeit. Es geht um ein Stück, das heute schon mehrfach im Vorfeld diskutiert wurde, nämlich der Inhalt dieses Stückes und die Maßnahmen, die sich aus diesem Stück im Bereich der Mur des Lebensraumes Mur ergeben. Es geht, wie Sie ja aus dem Text sehen können, um die Augartenabsenkung im Rahmen der Umsetzung des Murkraftwerkes Graz und des Masterplanes Mur. Wir

bezeichnen das jetzt eher als Maßnahmen im Bereich Lebensraum Mur, Graz-Mitte, die Umsetzungsphase 1 und im zweiten Teil geht es um die Personenschiffahrt und die Bootsanlegestellen, die im Zusammenhang mit dieser ersten Umsetzungsphase angedacht und errichtet werden sollten. Aus Anlass des Baues der Staustufe Puntigam, des Zentralen Speicherkanals hat der Gemeinderat am 25.2.2016 die Umsetzung des Masterplanes Mur Graz-Mitte beschlossen und die durch den Bau zerstörten Murerferstrukturen nicht nur wiederherzustellen, sondern zu verbessern, die Mur erlebbar zu machen, sowie Naherholungs- und ökologische Ausgleichsfunktionen zu stärken. In diesem Zusammenhang wurde mit den Partnern ein Kooperationsvertrag abgeschlossen, der ja auch im Anhang zu diesem Mur-Masterplan eben mitbeschlossen wurde. Ich darf vielleicht auch daran erinnern, dass gerade dieser Mur-Masterplan und daraus resultierende Maßnahmen, die wir heute im Detail für einen bestimmten Bereich diskutieren werden, Auflage im UVP-Bescheid waren. Es ist ganz eindeutig aus dem UVP-Bescheid herauslesbar auf Seite 11, wenn man sich damit im Detail auseinandersetzen will, dass also diese Umsetzung einer Interaktion zwischen Wasser, Land und damit auch der Umgebung zur Mur ein wesentlicher Bestandteil auch der UVP-Genehmigung war. Vielleicht noch im Detail zur Augartenabsenkung. Eine dieser neuen Maßnahme betrifft den Augarten, der nördlich des Augartenstegs punktuell als Gewässerbucht ausgebildet werden soll und damit eben den Besucherinnen und Besuchern der direkte Zugang zur Mur ermöglicht wird. Auf diese Weise bildet sich nun gemeinsam mit dem Kraftwerksprojekt und der ZSK-Baustelle eine durchaus gute Chance, eine Jahrhundertchance würde ich sagen, einen Teil des Augartens seiner ursprünglichen Bestimmung als Aupark wieder zuzuführen. Die künftig wesentliche geringere Fließgeschwindigkeit, das ist also der zweite Teil des Antrages der Mur, ermöglicht eine Personenschiffahrt zwischen Erzherzog-Johann-Brücke und dem Staubauwerk, die dafür notwendige Infrastruktur jetzt in der ersten Phase, die also im Zusammenhang mit dem Stau dann notwendig ist, müsste nun weitgehend mit Kraftwerksstauraum miterrichtet werden. Vielleicht im Detail zur Augartenabsenkung. Weil da gibt es ja doch einige Dinge, die richtigzustellen sind. Ich hoffe schon, dass Sie auch diesen Plan, der ja im Detail hier diese Maßnahmen

darstellt, auch durchgeschaut haben. Es ist immer wieder in der Diskussion gewesen, dass jetzt diese große Fläche von 6.000 m² mehr oder weniger als Grünraum verloren geht. Das ist also wirklich eine falsche Darstellung, die ich wirklich berichtigen möchte. Es geht also darum, dass also diese 6.000 m² eben abgesenkt werden, aber auf keinen Fall als Grünraum oder als Park oder als beispielbare Grünfläche verloren geht. Es geht darum, dass zusätzlich eine Wasserfläche entsteht, das ist also mit dieser kleinen Bucht eben angedacht mit 500 m². Natürlich sind einige Maßnahmen im Zusammenhang mit dieser Gestaltung notwendig. In der ersten Umsetzungsphase geht es eben darum, dass hier die sofort notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden, die Vorteile und die neuen Qualitäten der Flächen sind auch ganz kurz zu berichten. Einerseits die Entflechtung des Rad- und Fußverkehrs auf der Nord- und Südbewegungslinie des sogenannten R2, damit höhere Verkehrssicherheit und Verbesserung der Attraktivität des Parks, Begehbarkeit der Uferböschung als Promenade, das ist also der Teil, der nördlich des Augartens stets entwickelt wird und direkte Erreichbarkeit des Wassers, Wassererlebnis in der Seichtwasserbucht, das ist also die Bucht, die hier mit den ungefähr 500 m² errichtet werden soll, und neue Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten in der Arena. Dann wurden dann auch noch die Anlegestellen, die zukünftigen, zumindest jetzt anzudenkenden Anlegestellen für die Personenschiffahrt angesprochen. Ich möchte jetzt noch einmal auf die Umsetzungsphasen gehen. Weil das scheint mir sehr wichtig zu sein, dass jetzt die Umsetzungsphase 1 muss jetzt unmittelbar folgen und, das ist der Diskussionspunkt auch in Bezug auf die Bürgerbeteiligung gewesen mit der vorhandenen Baustelle des Kraftwerkes und der mit ZSK-Baustelle. Sie kennen ja die Zufahrtstraße bzw. die Bauaufschließungsstraße und, dass das jetzt rasch abgeschlossen werden muss, damit man eben diese Baumaßnahmen auch entsprechend günstig umsetzen kann. Das ist die Umsetzungsphase, 1 Oktober 2018 bis Dezember 2019, zusammen mit der ZSK-Baustelle. Da möchte ich die Maßnahmen doch im Detail schildern, weil es dann eine Umsetzungsphase 2 gibt, wo Bürgerbeteiligungen selbstverständlich, auch gestern andiskutiert, möglich sind. Die Umsetzungsphase 1 baut eine Geländeabsenkung, Bepflanzung und Basisausstattung mit Sitzmobilar, Neubau der Fuß- und Radwege, Bau

der Gewässerzugänge in der Böschung und die natürlich erforderlichen natur- und artenschutzrechtlichen Ersatzmaßnahmen für Pflanzen und Tiere, insbesondere für die Würfelnatter. Und die Umsetzungsphase 2, die jetzt sozusagen sich daran anschließt. Für die Flächen, die eben neu zu gestalten wären, sind eben in einem Zeitraum in etwa ab Mitte/Ende 2020 notwendig und diesem Zusammenhang ist es dann auch selbstverständlich möglich, diese Gestaltung dieser Flächen im Rahmen einer Bürgerbeteiligung zu gestalten. Ich darf kurz auch, weil das der zweite Teil, sozusagen für den Kollegen Frölich aus dem Finanzausschuss ist. Die Finanzierung, wie stellt sich die Finanzierung dar? Die Bruttosumme wird in der Größenordnung sich auf € 2.700.000,-- bewegen und die jährliche Verteilung, vielleicht kurz angesprochen, Augartenabsenkung 2018 mit € 1.000.000,--, die Planung der Personenschiffahrt mit € 380.000,-- und für das Jahr 2019 Augartenabsenkung € 1.700.000,-- und die Planung wieder Personenschiffahrt um € 300.000,--. Wichtig ist aber auch, dass man anspricht den Ersatz der Spielflächen, die ja tatsächlich durch diese Neugestaltung in eine andere Richtung verschoben werden und damit auch neu zu gestalten sind, das ist also die Bewegung Richtung Süden zum Augartenbad hin. Betroffen sind die Skateranlage, Flying Fox und der Jugendspielplatz mit der Hügellandschaft. Die Funktionen im Park müssen natürlich generell neu geordnet werden, da darf auch nichts verschwiegen werden, auch im Hinblick auf ein neues gastronomisches Angebot und neue Möglichkeiten der Bespielung. Aus diesem Grund kann darüber noch keine konkrete Aussage getroffen werden, weil gerade diese Flächen dann auch im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprojektes neu gestaltet werden können. Für den Ersatz der Spielgeräte bzw. Funktionen wird eine gesonderte Spielraumplanung beauftragt. Überlegungen können in einer frühen Phase partizipativ mit den NutzerInnen diskutiert werden und das wäre eben das Anliegen, hier diesen Teil auch im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprojektes zu gestalten. Auch ein Punkt, der für mich auch wesentlich ist, was die Vorhabensliste betrifft. Selbstverständlich ist das Projekt schon von Anfang an auf der Vorhabensliste vorhanden. Die Bürgerbeteiligung, und das möchte ich jetzt genau unterscheiden, das ist ja auch der Grund, wieso ich das in zwei Umsetzungsphasen hier angesprochen habe. In der Umsetzungsphase 1, die jetzt

unmittelbar sozusagen umgesetzt werden müsste und sollte, ist die Bürgerbeteiligung mit „nein“ zu beantworten und die Umsetzungsphase 2, die ich vorher für die Gestaltung der Flächen, insbesondere, was die Spielflächen betrifft, da ist natürlich eine Bürgerbeteiligung geplant. Jetzt darf ich vielleicht noch zu zwei Punkten kommen, die besonders angesprochen wurden. Das ist also die Thematik der Plattform. Sie werden sich erinnern können, dass im ursprünglichen Mur-Masterplan die Plattform sozusagen da und dort im Vordergrund gestanden ist, um sozusagen die Interaktion zum Wasser zu bewerkstelligen und diese Plattformidee ist eigentlich durch die Bank durch die Bevölkerung und durch die Diskussion mit den Betroffenen oder die NutzerInnen dort eher abgelehnt worden. Sodass man jetzt tatsächlich von dieser Plattformidee weggeht und die Möglichkeit der Nutzung oder der Interaktion mit der Wasserfläche jetzt eben so gestaltet, wie sie jetzt in diesem Teilabschnitt Mur-Masterplan dargestellt wird. Ich darf daher den Antrag stellen, jetzt zweifach wieder, deshalb bitte um die Zeit auch dazu, dass wird der Motivenbericht, den ich ganz kurz geschildert habe, wird angenommen, die Abteilung 10/5 wird beauftragt, zur Augartenabsenkung die materiell-rechtlichen Bewilligungsverfahren, auch das wurde gestern angesprochen, Wasserrechtsverfahren, naturschutzrechtliches Verfahren usw. und die Ausführungsplanung durchzuführen. Über die technischen, finanziellen Abwicklungen des Projektes eine gesonderte Vereinbarung mit der Holding Graz Wasserwirtschaft abzuschließen, mit der Energie Steiermark AG über eine Zuzahlung und Mitfinanzierung zu verhandeln. Das wäre der Punkt 2.

Punkt 3, jetzt kommt der finanztechnische Teil im Detail; in der AOG 2018/19 wird die Projektgenehmigung Augartenabsenkung über € 2.700.000,--, davon für 2018 € 1.000.000,--, für 2019 € 1.700.000,-- erteilt. Und viertens ist die Investitionsplanung entsprechend dem beiliegenden Umlaufbeschluss, um das Projekt E-Schiffahrt auf der Mur mit Gesamtkosten von Netto € 680.000,--, davon wieder € 380.000,-- und 2019 € 300.000,-- zu ergänzen. Der Vertreter der Stadt Graz, in der Holding Graz Kommunale Dienstleistungen GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Punkten zuzustimmen: Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gemäß § 34 GmbH-Gesetz. Zweitens, die

Investitionsplanung wird um das Projekt Planung E-Schiffahrt auf der Mur mit Gesamtkosten von Netto € 680.000,-- ergänzt. Die Bedeckung von insgesamt € 3.380.000,-- erfolgt durch eine Umschichtung aus den Investitionsfonds aus dem Bereich Bürgermeisteramt. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor. Und schließlich der Punkt 7, in der AOG 2018 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen: die Position 5.81500.050200 „Sonderanlagen Augartensenkung“ mit einem Plus von € 1.000.000,-- und die Pos. 6.81500.346000, Investitionsdarlehen von Kreditinstituten mit € 1.000.000,-- ebenfalls im Plus. Ich bitte um Annahme des Stückes in beiderlei Hinsicht, sowohl was die fachliche Situation betrifft als auch die Finanzierung. Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Motivenbericht wird angenommen.
2. Die A 10/5 wird beauftragt, zur Augartenabsenkung
 - die materienrechtlichen Bewilligungsverfahren und die Ausführungsplanung durchzuführen,
 - über die technische und finanzielle Abwicklung des Projektes eine gesonderte Vereinbarung mit der HOLDING Graz Wasserwirtschaft abzuschließen,
 - mit der Energie Steiermark AG über eine Zuzahlung und Mitfinanzierung zu verhandeln.
3. In der AOG 2018-2019 wird die Projektgenehmigung „Augartenabsenkung“ über € 2.700.000, davon für 2018 € 1.000.000 und für 2019 € 1.700.000, erteilt.
4. In der Holding ist die Investitionsplanung entsprechend dem beiliegenden Umlaufbeschluss um das Projekt „Planung E-Schiffahrt auf der Mur“ mit Gesamtkosten von netto € 680.000 (davon 2018 € 380.000 und 2019 € 300.000) zu ergänzen.
5. Der Vertreter der Stadt Graz in der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Punkten zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gern. § 34 GmbHG
2. Die Investitionsplanung wird um das Projekt „Planung E-Schiffahrt auf der Mur“ mit Gesamtkosten von netto € 680.000 (davon 2018 € 380.000 und 2019 € 300.000) ergänzt.
6. Die Bedeckung von € 3.380.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Bürgermeisteramt - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.
7. In der AOG 2018 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen:
5.81500.050200 „Sonderanlagen, Augarten-Absenkung“
(AOB: AI0/5 und DKL:10512) € + 1.000.000
6.81500.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ € + 1.000.000

GR Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich wollte ich mich ja, bevor Kollege Topf das Stück referiert, zur Geschäftsordnung melden, da war ich ein bisschen zu leise bzw. hat das nicht ganz funktioniert mit dem Herrn Vorsitzenden. Wir werden uns verbessern mit unserer Zusammenarbeit. Aber es war ganz gut, dass der Georg Topf jetzt mit blumigen Worten, mit der oftmaligen Wiederholung von „es muss“ und „es kann nicht“, es muss jetzt beschlossen werden, weil Zeitdruck usw. und es kann nicht die BürgerInnenbeteiligung eingebaut werden usw. und vieles, vieles mehr aus dem Reich der Belletristik ist da gekommen, aber nichts, was eigentlich oder wenig, was eigentlich dem Wert eines Gemeinderatsstückes, das so umfassend und so umfangreich ist und so nachhaltig wirken wird, entsprechen würde, war da drinnen, bis auf ein paar korrekt zitierte Finanzpositionen etc. Warum sag ich das? Die Arbeit am Mur-Masterplan ist ja nicht erst vorgestern angestoßen worden oder vor zwei, drei Wochen angestoßen

worden, diese Arbeit ist angestoßen worden bereits vor zwei Jahren und es ist folglich auch nicht richtig, außer dass es gut in den Öffentlichkeitsarbeitsplan von der einen oder anderen Person hier im Hause, hier nicht anwesend unter Umständen, Herr Bürgermeister ist gemeint, passt, dass man letzte Woche eine große Pressekonferenz macht und ...

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Herr Klubobmann, trotzdem, ich muss Sie fragen, was hat das mit der Geschäftsordnung jetzt zu tun?

Dreisiebner:

... jedenfalls sind neben diesem Mur-Masterplan und der Übereinstimmung mit dem Mur-Masterplan noch ein paar Dinge nicht beantwortet worden, sowohl im Ausschuss *für Stadt- und Grünraumplanung als auch im Finanz- und Beteiligungsausschuss. Es ist erwähnt worden ...*

Zwischenruf GR Mag. Sippel: Das ist keine Geschäftsordnungsmeldung, die du da machst.

Dreisiebner:

Ich darf schon kurz begründen. Fünf Minuten Redezeit ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Dreiebner:

... zur Geschäftsordnung. Mein Geschäftsordnungsantrag wird sich beziehen auf die Geschäftsordnung des Gemeinderates § 20 Abs 3a und Abs 6 des § 20. Das sind der Antrag auf Zurückleitung zwecks Aufklärung und neuerlicher Erwägung. Das ist das Ziel meines Geschäftsordnungsantrages, den ich dann noch ausführen darf. Es ist nicht klar, was ESTAG und ob ESTAG zuzahlt. Es gibt eine vereinbarte Summe, aber es ist zu diesem Projekt keine ...

*Zwischenruf GR. **Sippel**: Zur Geschäftsordnung!*

Dreiebner:

... ich darf inhaltlich referieren.

Dann ersuche ich die Magistratsdirektion zu bewerten, ob ich das inhaltlich herleiten darf.

*Zwischenruf GR **Sippel**: Du darfst dich noch einmal zu Wort melden, weil das ist eine Wortmeldung.*

Dreiebner:

... ich ersuche um Aufklärung ...

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Herr Magistratsdirektor hat gerade aufgeklärt, es ist zulässig zur Erläuterung, warum dieser Antrag so gestellt wird, aber es wird gleich danach darüber abgestimmt werden.

Dreisiebner:

... so ist es, darum ersuche ich auch. Also, es ist nicht klar, ob diese Zuzahlung funktioniert. Hier hat es angeblich Vorgespräche gegeben, das war so der Statusbericht im Stadt- und Grünraumplanungsausschuss. Es ist nicht klar, ob es wirklich eine Zustimmung des Eigentümers, der Steiermärkischen Bank, geben wird. Hier gibt es Vorabklärungen, so die Auskunft, etc. Das Kapitel Murschiffahrt Holding Graz Wasserwirtschaft, da war im Finanz- und Beteiligungsausschuss nach Information meiner Kollegin Ribo keine Möglichkeit, fachliche Rückfragen zu halten, weil keine Person anwesend war, die Auskunft geben konnte. Dieses und noch viel mehr führt mich dazu, trotz des Zeitdruckes, der hier aufgezeigt worden ist und schon seit Tagen aufgezeigt wird, den Antrag nach § 20 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Abs 3a zu stellen, dieses Stück zwecks Aufklärung und neuerlicher Erwägung an die vorgenannten Ausschüsse bzw. an die befassten Abteilungen Grünraumplanung, Holding etc. etc. zurückzuüberweisen und dementsprechend bei nächster Gelegenheit, übernächster Gelegenheit, hängt davon ab, wann was kommt, wieder hier auf die Tagesordnung zu setzen oder auch nicht. Ich untersuche um Unterstützung im Sinne der Menschen, die den Augarten nutzen und noch nicht wissen, wie es weitergehen könnte und wird, denn das geht nämlich nicht hervor aus der Sache (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bringe ich den Antrag, gestellt von Herrn Klubobmann Dreisiebner, über die Rückstellung zur Abstimmung. Wer für die Rückstellung ist nach § 20 der Geschäftsordnung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Damit ist der Antrag abgelehnt. Wir kommen zurück zum Stück, als Erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Swatek.

Der Antrag auf Rückstellung wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ) abgelehnt.

Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Ich weiß nicht, wie oft ich mir die Frage gestellt habe und vor allem wie oft die Frage gestellt worden ist von Freunden, Bekannten und auch Verwandten, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern, die das Thema immer angesprochen haben. Warum fließt die Mur einfach durch Graz so leblos durch? Warum nutzen wir sie nicht aktiv? Warum bauen wir sie nicht aktiv in das Stadtbild ein? Warum nutzen wir sie nicht in der Innenstadt auch als Erholungsgebiet? Und die Frage kann ich persönlich nicht beantworten, weil so wie wir die Mur derzeit nutzen, ist eigentlich schade drum. Sie fließt da von oben nach unten durch die Stadt und du kommst nicht einmal an die Mur heran, ohne dass du dich über die Klippen drüberhaust eigentlich. Und das finde ich eigentlich schade, weil so ein Wässerchen, das hat schon eine erholsame Wirkung. Ich wohne ja in Liebenau unten, da wo man auch die Muraueen auch umgestaltet haben und mache persönlich nichts lieber, als nach so einem langen Tag wie heute und so interessanten Diskussionen, wie wir sie heute wieder führen werden, an die Mur zu gehen und dort einfach einmal relaxt davor zu sitzen, vielleicht Musik zu hören oder vielleicht auch dort ein nettes Picknick abzuhalten. Es ist ja etwas Wunderschönes und, ich glaube, dass davon auch jeder profitieren kann und genau deswegen werde ich der Augartenabsenkung auch zustimmen, weil es einfach jetzt eine einmalige Chance ist, weil man da die Synergieeffekte mit der Baustraße durch den Zentralen Speicherkanal nutzen kann und das darum uns auch billiger kommt, das ist weniger Verschwendung von Steuergeld, kann man sagen Win-Win-Situation für alle, Erholung und weniger Geld ausgegeben. Besser könnte es gar nicht sein (*Allgem. Appl.*). Ich bin mit dem Antrag aber nicht ganz zufrieden (*lacht*), Sie haben zu früh applaudiert ...

Zwischenruf GR Rajakovics: Wir applaudieren einmal vorsorglich.

Swatek:

... und zwar habe ich sowohl im zuständigen Fachausschuss wie auch heute im Finanzausschuss versucht herauszubekommen, wie das denn mit dieser Bootsfahrt da aussieht. Weil der Antrag besteht grundsätzlich aus zwei Dingen: Er besteht zum einen aus dieser Augartenabsenkung, die ich unterstütze, und er besteht zum anderen aus diesem E-Bootsfahrtschiffkonzept. Und da haben wir so ein nettes Schreiben nebenbei bekommen, da steht da drinnen, dass der ganze Spaß € 680.000,-- kosten soll und dass der Herr Stadtrat Riegler schon ermächtigt werden soll, in der Holding das per Umlaufbeschluss zu beschließen, dass das Geld auch in die E-Bootschiffahrt reinfließt. Und ich hätte sehr gerne ein paar Fragen beantwortet gehabt zu diesem ganzen Stück, weil diese € 680,000,--, die da reinfließen, da fließt sehr viel Geld auch in Bootsanlagestellen hin und die Frage stellt sich für mich einfach, was machen wir, wenn sich diese Bootsschiffahrt sich auf der Mur nicht rentiert? Was machen wir dann mit diesen wunderbaren Anlagestellen, die wir dann haben? (*lacht*) Eine Marine? Eine Marine zur Selbstverteidigung der Stadt oder welche Schiffe nutzt man da wirklich?

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Swatek:

In einer Zeitung ist gestanden, da hat es schon einen netten Betriebsausflug der Holding nach Richtung Amsterdam gegeben. Kann ich mir vorstellen, war lustig? Dann haben wir uns auch die Bilder angeschaut. Aber Informationen an den Gemeinderat, was für Schiffe da angesehen wurden, hat es leider keine an uns gegeben. Und es wurden einfach keine Fragen in den zwei zuständigen Ausschüssen in Richtung Bootsfahrt überhaupt beantwortet. Also da hat man gleich gesagt, es ist niemand anwesend, der die Frage beantworten könnte und deswegen haben wir als Gemeinderäte leider gar keine Informationen über die Bootsfahrt bekommen und ich tu mir halt sehr schwer, wo zuzustimmen, wo weder ich weiß, worum es geht, noch

jemand in den Ausschüssen weiß, worum es geht und wo so viele Fragen offen sind und ich würde daher bitten, dass wir die Punkte 1.) bis 3.) und 4.) bis 6.) getrennt abstimmen, dann könnte ich dem wunderbaren Lebensraum Mur zustimmen, wenn es darum geht, auch wirklich die Mur näher an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen und ich könnte aber mich noch gegen dieses E-Bootsschiffahrtprojekt entscheiden abzustimmen, solange zumindest, bis ich da ein handfestes Konzept vorliegen habe, nach dem ich auch wirklich entscheiden kann, ob ich dafür oder dagegen bin und vor allem auch, wenn man mir meine Frage beantwortet. Vielen Dank.

Klubobmann Ehmman:

Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, geschätzte KollegInnen der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Zuhörerinnen und Zuhörer. Einiges ist ausgeführt worden, Kollege Karl Dreisiebner hat vieles schon vorweggenommen, nicht, dass ich jetzt nicht unbedingt wiederholen muss, aber grundsätzlich selbstverständlich stehen wir hier auch als SPÖ Graz für eine Entwicklung des Murraumes, also sprich entlang der Mur, entlang der Stadt, die Mur erlebbarer zu machen, selbstverständlich ist das für uns wichtig, sonst hätten wir dem Urprungsprojekt ja schon nicht in dieser Form zugestimmt. Das Thema ist aber schon, dass wir hier bei der Vorgehensweise, wie das jetzt stattfinden soll, eben gleich einmal die Absenkungsbeschießung im Augartenbereich, viele andere Bereiche mit Bootsanlegestellen, jetzt kaufen wir das nächste Boot, obwohl wir das andere noch nicht gefunden haben und vieles mehr. Also, das heißt, wir gehen hier vor, also ein bisschen ist das schildbürgermäßig, so nehme ich das wahr und die wasserrechtlichen Verfahren werden erst erledigt. Teile des Geländes stehen unter Denkmalschutz, teilweise geht man von einem kontaminierten Gelände aus dem Zweiten Weltkrieg aus. Hier hat es ein bisschen geheißsen so quasi, zumindest habe ich das von Ausschusdiskussionen so mitgenommen, na ja ein bisschen ein Risiko muss man eingehen. Also, das sind schon alles Sachen, wo man sagen kann, hier kann man nicht uneingeschränkte Zustimmung geben und hier würde ich schon sagen, dass wir hier

noch einmal zurück an den Start gehen sollten, da bin ganz bei Karl Dreisiebner, der empfohlen hat, hier das an den Ausschuss zurückzuweisen. Diese Sachen im Ausschuss mit profunden Expertinnen und Experten zu klären und dann quasi dem Projekt den Startschuss geben mit einer Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, weil das ist ganz, ganz wichtig und wesentlich auch in diesem Bereich, weil jene Menschen, die die Mur dann auch nützen und erleben sollen und den Lebensraum Mur nützen und erleben sollen, die sollen hier auch mitbestimmen und, ich glaube, es wäre wichtig, auch hier im Bereich der Wirtschaft. Also, ich stelle mir das so vor, dass die Stadt da Workshops machen kann, dass man das mit Bürgerinnen und Bürger machen kann, mit der Wirtschaft, aber auch gemeinsam selbstverständlich. Hier gibt es auch Ideen mit Terrassen anlegen und Cafés usw., dem ich ja nicht widersprechen will, aber nur, wie gesagt, die gehören eingebunden. Hier gehört ein Gesamtkonzept aufgestellt und nicht so „hoppatatsch“ vorgegangen, also halte ich für schrecklich und deswegen werden wir dieses Stück in dieser Form ablehnen (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Herr Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (15.40 Uhr)

GR Mag. Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Ich glaube, das ist ein Stück, wo man wieder sehr, sehr gut sieht, wie gut die Grazer Koalition arbeitet, wie schnell sie arbeitet und wie umsetzungsstark sie auch ist, nämlich so schnell, dass ihr gar nicht mit dem Nein-Schreien nachkommt. Das kann man wirklich festhalten und ich glaube, auch wir, Dani, als Klubobleute arbeiten sehr, sehr gut, weil der Karl Dreisiebner verwechselt mich schon mit einem Stadtrat, weil er mir Fragen stellt, wie in einer Fragestunde. Ich glaub, da können wir uns selber ein bisschen auch auf die Schulter klopfen bei diesem Stück, weil das ist wirklich eine gute Qualitätssteigerung auch in dieser Stadt und man muss ja sagen, es wird es ja langsam auch langweilig, was von den Grünen, SPÖ und KPÖ kommt, weil ihr seid automatisch dagegen. Also, es ist ganz

egal, was wir machen, es gibt einen Automatismus mittlerweile, nur „njet“, nur nein, alles was von ÖVP und FPÖ kommt und langsam ist da auch die Glaubwürdigkeit ein bisschen in Gefahr. Und dieses Dilemma auch mit dieser Konzentrationsregierung, die wir in dieser Stadt auch haben, es ist die Frau Wirnsberger Teil der Stadtregierung, es sind zwei kommunistische Stadträte Teil dieser Stadtregierung und haben auch Verantwortung zu tragen. Der Unterschied ist, wir haben Gesamtverantwortung übernommen. Ich würde mir einmal wünschen, es ist ja ein Umweltstück, bitte, dass da einmal auch ein paar Ideen und konkrete Vorschläge aus dem Umweltbereich kommen. Fehlanzeige, und das ist auch ein bisschen eine Verkennung der Realität, der politischen Realität in dieser Stadt. Aber schauen wir uns an, was liegt da vor? Es geht darum, den Murraum zu gestalten, ihn erlebbar zu machen und was das Wesentlichste ist, wir geben die Mur den Grazern wieder zurück. Und auf der anderen Seite heißt es nur, ja es werden wieder ein paar Grünflächen vernichtet, es kommt zur Verkleinerung des öffentlichen Raumes, ein paar Baumfällungen finden statt und wenn man so genau überlegt, dann kommt das einem sehr bekannt vor. Das ist genau die Agitation, die man schon im Rahmen der Debatte um das Murkraftwerk gehört haben. Das Gleiche haben wir gehört, wie wir da herinnen den Zentralen Speicherkanal debattiert haben. Das heißt, da kommt nichts Neues und interessanterweise sind es auch wieder genau die gleichen Personen, die es damals mit dem Rechtsstaat nicht so genau genommen haben in der Murkraftwerksgeschichte. Und interessanterweise, im April war es das letzte Mal, dass da unten beim Murkraftwerk auf der Baustelle ein Kran abgefackelt worden ist, der Schaden war € 300.000,-- für den Steuerzahler. Also das ist schon etwas, was nicht so ganz in Ordnung ist, mit dem Rechtsstaat haben diese Herrschaften auch schon damals nicht so genau genommen und lustigerweise gerade aus dem Bereich kommt jetzt schon wieder die Forderung hinsichtlich einer Bürgerbeteiligung. Der Georg Topf hat ausgeführt, es ist eh an Bürgerbeteiligung, dort wo es Sinn macht, auch gedacht. Aber ich glaube, das Entscheidende ist, dass die Bürgerbeteiligung, mehr noch, eine Volksabstimmung darüber bereits schon darüber stattgefunden hat und zwar wisst, ihr wann? Bei der Gemeinderatswahl. Weil da sind die Parteien gestärkt worden, die sich zum Murkraftwerk bekennen, da sind diese

Parteien gestärkt worden, die sich zum Zentralen Speicherkanal bekennen und folgerichtig auch die Parteien gestärkt worden, die sich zur, und ist ja Gott sei Dank die Möglichkeit, die wir jetzt haben, die sich auch für die Aufwertung des Lebensraumes Mur bekannt haben. Und insofern (*Allgem. Appl.*) hat diese Bürgerbeteiligung und Volksabstimmung schon stattgefunden. Und noch ein kurzer Gedanke, wenn man sich einmal anschaut, was bedeutet der Name Augarten? Was bedeutet der Name Au eigentlich? Ich habe einmal nachgeschaut. Das ist ein schönes altgermanisches Wort, „Aue“, das heißt Ort am Wasser. Das bedeutet Ort am Wasser. Der Augarten ist leider zwar topografisch vielleicht ein Ort am Wasser, aber er ist es leider in Wirklichkeit nicht, weil es nämlich eine Barriere gibt. Es gibt keinen Zugang zur Mur und ich persönlich finde es schade und genau das passiert auch jetzt. Und in Wirklichkeit sprecht Ihr euch gegen Barrierefreiheit aus. Weil wir bauen die Barriere gerade ab (*Lachen im GR-Saal*) zwischen dem Augarten und der Mur und finde, das ist eine echte Aufwertung (*Allgem. Appl.*), was die Nutzbarkeitsmachung der Mur und des Augartens betrifft und auch an den Flying Fox wird gedacht, auch der wird seinen Platz finden. Auch die Skaterrampe wird ihren Platz finden ...

Zwischenruf: StRⁱⁿ Kahr: Und der Radweg führt mitten durch den Augarten.

Sippel:

... und ich denke, insgesamt geben wir dieser Stadt mit diesen Murprojekten mehr Charme. Und das ist gut so (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen. Ich habe gerade ein bisschen lachen müssen, als der Armin Sippel von der guten Arbeit gesprochen hat. Denn ich erinnere mich an den gestrigen Ausschuss, an dem sich der Abteilungsvorstand Wiener

von diesem Schifffahrtspapier (*lacht*), das ich irgendwie verglichen habe mit einem Unterstufenreferat, aber einem eher schlechten, Distanziertheit in der Qualität. Da sieht man schon, wie qualitativ da gearbeitet wird und wie wenig durchdacht. Es hat mich nämlich sehr verwundert, dass vor wenigen Wochen das Dialogbüro Mur noch davon gesprochen hat, dass im Augarten nichts passieren wird. Das zum Thema Bürgerbeteiligung. Wenn man Bürger nicht aktiv beteiligen will, dann sollte man sie wenigstens nicht falsch informieren. Auch wenn das jetzt begründet wird mit der Geschwindigkeit, mit der das gemacht werden soll, das sehen wir durchaus ein, dass es natürlich sehr effizient ist, wenn man schon einmal eine Baustelle hat, dass man dann gleich die nächste Baustelle mitmacht. Nur warum denkt man, wenn man lange Zeit vorher weiß, dass man eine Baustelle haben wird, nicht mit daran, dass man was anderes mitmachen könnte. Das wäre genauso, wenn ich ein Haus baue und ich habe da einen Hügel Erde und ich denke mir, das wäre eigentlich nett für meine Kinder zum Rodeln, dann plane ich das halt gleich mit, dass ich den dann liegen lasse und dass ich den vielleicht bisschen glätte, damit sie es schöner haben. Und genau so hätte man eigentlich vorgehen sollen. Und wenn man professionell arbeitet, auch vorgehen müssen. Es ist vieles sonst schon gefallen, was ich da an diesen Plänen kritisieren möchte, auch eben diese überstürzte Planung Schifffahrt und natürlich Anlegestege, diese Einbuchtungen braucht man natürlich für die Schifffahrt. Man hätte vielleicht sonst nicht rechtfertigen können, eben vielleicht war das der Grund, wir wissen es nicht. Beteiligung kann ja auch so aussehen, dass man einmal hergeht und die Leute fragt, was sie davon halten, dass ihr Park, und ich sage das bewusst „ihr Park“, denn ich finde ein Park gehört den BürgerInnen und den NutzerInnen, dass daran etwas geändert wird. Ich weiß es nicht, ob jemand einmal hineingegangen ist und die NutzerInnen des Spielplatzes oder der Skaterrampe gefragt haben, was sie dazu sagen, dass das wegkommt und dass das auch länger nicht wiederhergestellt werden kann. Weil, wie soll man das machen, wenn da eine Baustelle ist? Ich möchte jetzt nicht zitieren, was meine Tochter dazu gesagt hat, dass der Flying Fox wegkommt. Bürgerbeteiligung dann danach zu versprechen und zu sagen, man muss diese Bauphase 2 gleich mitdenken, ist nett, nur Bürgerbeteiligung dann erst anzudenken,

wenn man die Leute schon vor vollendete Tatsachen stellt, nämlich, dass ein Spielplatz, ein sehr, sehr gut genutzter Spielplatz, der auch zum Rodeln verwendet wird, wie der Bezirksvorsteher gestern im Ausschuss auch erwähnt hat, was da nur kommentiert wird mit Beschneiungsanlage, haha nein, also, wer letztes Jahr im Winter dort war und gesehen hat, wie viele Kinder dort zum Rodeln hinkommen, der weiß, wie wichtig das ist, weil gerade für Eltern, die halt nicht irgendwie jedes Wochenende oder jeden Nachmittag in die Berge fahren können, deren Kinder nutzen das und Spielen im Freien ist einfach echt die beste und gesündeste Beschäftigung für die Kinder. Der sollte mal überlegen, was passiert dann, wenn man Bürgerbeteiligung erst dann startet, wenn man nur noch eine Restfläche hat. Nämlich eine Restfläche, die jetzt schon sehr, sehr stark aktiv genutzt wird von Leuten, die da Fußball spielen, Federball spielen oder so und dann heißt es nämlich für uns, Bürgerbeteiligung, indem man Bürger gegeneinander ausspielt, nämlich genau die Skater, die Eltern und Kinder, die diesen Spielplatz und die diese Fläche bereits nutzen, weil wo soll man sonst hin (*Allgem. Appl.*)?

GR Frölich:

Herr Bürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Wir möchten einen Aspekt und eine Argumentation noch einmal wiederholen, die wir auch im Ausschuss beleuchtet haben, weil die Finanzierung angesprochen wurde. Es gibt einen Kooperationsvertrag, der aus dem Mur-Masterplan stammt, wo sich also die Stakeholder, auf Neudeutsch, darauf geeinigt haben, eine 50%-ige Kostenbeteiligung zu machen im Hinblick auf die damals in Aussicht gestellten und damals geplanten Aussichtsterrassen, nenne ich das mal so. Das Ganze ist ein Work in Progress, man wird weiterverhandeln, man wird weitersprechen, hat auch Herr Wiener uns im Ausschuss erklärt, dass hier die Gespräche im Gange sind, zu modifizieren und die neuen Pläne gegenüber dieser Kooperationsvereinbarung anzupassen, sodass diese 50%-Beteiligung allenfalls im besten Fall überbunden wird oder allenfalls auch auf die neue Situation bei der Finanzierung eingegangen wird. Mein Eindruck im Ausschuss heute

war, dass du, Gerald Haßler, tatsächlich mit deiner Wortmeldung die Arbeit der Abteilung schlechtgeredet hast. Du hast dich sehr, sehr kritisch geäußert und das Gleiche hat jetzt auch Michael Ehmann getan und da bin ich überhaupt nicht einverstanden damit. Ich weiß schon, dass Robert Wiener sehr, sehr eindeutig und sehr, sehr klar kommuniziert, wie viel Arbeit hinter diesem Projekt bis jetzt gesteckt ist, wie viele Spezialisten und Experten bis zum jetzigen Zeitpunkt eingebunden waren und ich gehe davon aus, dass dieses Stück und diese bisherigen vorliegenden Ergebnisse von Experten und von Leuten erarbeitet wurden, die wirklich wissen, wo es hinget, wo es langgeht und was dort für die Menschen für ein Lebensraum entstehen soll. Ich bin es leid, immer wieder zu hören vor allem, ich sage es jetzt zur Sozialdemokratie, ich hoffe übrigens, dass jetzt nicht zur Stunde bei mir daheim gerade Kerzen und Pflastersteine vor die Haustüre gelegt werden und ihr mit eurem Button nur Zeit schinden wollt. Das ist ein Stil, so im Ausschuss und hier zu sprechen, das ärgert mich einfach. Da wird gute Arbeit abgeliefert, auf deren Basis wir hier ein gutes Ergebnis beschließen können. Und ich habe es heute im Ausschuss schon gesagt, habt einfach den Mut dazu nein zu sagen und steht dazu. Sagt den Leuten, wir wollen den Lebensraum Mur so nicht. Wir wollen das so, dass die Menschen an der Mur leben können und die Mur zu den Menschen heraufkommt. Das wird auch das Ergebnis sein. Habt den Mut dazu nein zu sagen, über die Position der Grünen will ich da gar nicht sprechen, weil sonst rege ich mich darüber zu sehr auf. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich möchte mich zuerst einmal bei Georg Topf dafür bedanken, dass er auch klargestellt hat, dass ein guter Teil der Maßnahmen, über die wir heute befinden werden, ökologische Ausgleichsmaßnahmen sind, die im UVP-Verfahren zur Murstaustufe in Graz festgelegt worden sind. Es hat ja kurz den Anschein gehabt, zumindest so wie es den Medien präsentiert wurde, als hätte die ÖVP und die FPÖ ihr Herz für die Natur entdeckt. So ist es nicht. Es ist einfach gesetzlich vorgeschrieben und

das muss sowieso gemacht werden. Ich möchte auch auf den Kollegen Frölich eingehen und ihm sagen, also ich glaube an diesen Kooperationsvertrag nicht und ich weiß auch aus Gesprächen mit Mitarbeitern der Stadt Graz, wie die Situation tatsächlich ist. Wir haben die gleiche Situation, wie sie schon bei Gössendorf war. Bei der Energie Steiermark geht das Geld aus und wörtliches Zitat seitens eines Mitarbeiters: „Die Energie Steiermark will jetzt nur mehr Steine auf die Böschung tun und wenn wir wollen, dass da was Gescheites wird, dann müssen wir das bezahlen.“ Das ist nämlich die Wahrheit und ihr werdet alle noch sehen, wie tief wir in die Tasche greifen werden für das, was die Energie Steiermark nicht bezahlen will. Grundsätzlich möchte ich sagen, dass das Wasserprojekt, nennen wir es kurz Wasserprojekt des Bürgermeisters, auf eine gewisse Art sicher reizvoll ist und auch wir uns wünschen, dass die Menschen in Graz mehr Nähe zur Mur haben. Es hat ein sehr schönes Projekt gegeben von „Rettet die Mur“, das auch präsentiert wurde, das hieß „Mur findet Stadt“ und es hätte das auch gewährleistet ohne die Errichtung einer Staustufe mit all ihrer Naturvernichtung. Wir halten aber diesen Eingriff, der hier jetzt geplant ist, in den Augarten für eine Zerstörung eines sehr gut gewachsenen Gefüges. Und das entspricht nicht unserem Verständnis eines naturnahen Zuganges zum Wasser. Darüber hinaus sind wir ein bisschen skeptisch, weil wir doch das Gefühl haben, dass die Stadtplanung gerade in diesem Bereich seitens der Regierungsparteien sehr konsumorientiert und kommerziell ist und wenig Raum für konsumfreien Aufenthalt vorsieht. Deshalb werden diese Pläne von uns sicher keine Unterstützung finden. Ich möchte aber etwas sagen zur Schifffahrt. Es wird immer so getan, als würde die Mur bei der Hauptbrücke aufhören zu fließen, wenn einmal gestaut ist. Bitte, gehen Sie einmal runter und stellen Sie sich auf die Puntigamer Brücke, das ist ungefähr vergleichbar mit der Stauwurzel und der Distanz und dann werden Sie sehen, wie die Mur dort fließt, nämlich genau so, wie sie jetzt fließt. Ich habe mir die Mühe gemacht und habe ein bisschen recherchiert. Auch beim Land Steiermark, weil mir das ein bisschen seltsam erschienen ist. Wir haben mit der Mur in Graz einen Fluss, der Gebirgsflusscharakter hat. Mir ist das ein bisschen seltsam erschienen, dass das so einfach sein soll, plötzlich beim Kunsthaus anzulanden, wo die Fließgeschwindigkeit so sein wird, wie sie jetzt ist bzw. auch im

Augartenbereich ein bisschen weniger als jetzt ist, aber noch immer ziemlich gefährlich. Ich habe dabei herausgefunden, dass es vor ein paar Jahren einen Antrag gab auf eine Genehmigung für Schifffahrt, der vom Land abgelehnt wurde. Und wissen Sie, was der Beamte zu mir gesagt hat, wir sollen doch einmal bei der Feuerwehr nachfragen, wie gefährlich die Mur ist. Ich bitte Sie, das wirklich zu bedenken, wenn Sie da über Schifffahrtspläne nachdenken.

*Zwischenruf GR **Sippel**: Wie machen die das auf der Donau?*

Pavlovec-Meixner:

Einen zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der mit den Bildern, die hier wieder einmal transportiert wurden, weil die haben bei mir wirklich wieder Fake-News-Alarm ausgelöst und ich habe gestern gehört, dass in Frankreich ein Fake-News-Gesetz diskutiert wird, ich glaube, das droht uns ja in Österreich unter VP- und FP-Regierung nicht. Es ist jedenfalls so, dass es im Jahr 2011 eine Studie gab des Hygieneinstitutes der Stadt Graz und da wurde untersucht die Qualität der Mur und ich möchte das jetzt vorlesen: Im Rahmen dieser Studie wurde versucht, den anthropogenen Einfluss auf die Mikrobiözönose der Mur durch den Nachweis der bakteriellen Fäkalindikatoren, Fäkalcoliforme, Escheria Coli, Enterokokken und Salmonellen zu quantifizieren.

*Zwischenruf GR Mag. **Sippel**: Das bleibt dann alles im Speicherkanal.*

Pavlovec-Meixner:

Aber geh, redet keinen Unsinn. Ihr wisst ganz genau, dass der Grazbach weiterhin normal in die Mur entlastet wird. Das ist genau oberhalb von der Augartenbucht.

Jedenfalls der Schluss ist, eine Bewertung, auf Basis der Anforderungen weist die Mur als ungeeignet für Bade- und vergleichbare Freizeitnutzungen aus.

*Zwischenruf GR **Topf**: Wir haben ja keine Badeanstalt.*

Pavlovec-Meixner:

Aber warum werden Bilder herangezogen, wo die Leute in Badehose und Bikini im Wasser stehen? Wenn man doch eh weiß, dass dort nicht gebadet wird.

Dritter Punkt, Thema BürgerInnenbeteiligung. Ich glaube wirklich, wir müssen über BürgerInnenbeteiligung reden, Herr Bürgermeister. Weil, wenn Sie eine Medienkooperation mit der „Woche“ vergleichen mit einem Beteiligungsverfahren, dann haben wir in der Stadt wirklich ein Problem (*Appl.*). Wir wissen, dass seit einem Jahr im Geheimen, sag ich jetzt, an der Augartenbucht geplant wird. Der Georg Topf hat schon erwähnt, was im Mur-Masterplan steht, Bereich Augarten ausbilden ...

*Zwischenruf Bgm. **Nagl**: Frau Gemeinderätin bitte zum Schluss kommen, wir sind schon eine Minute drüber.*

Pavlovec-Meixner:

... in den Bäumen als Rast- und Aussichtsplatz ein Abstechen der Baumkronen. Da würde ich dich bitten, Georg, weil du gemeint hast, es wurde diskutiert, mit wem das diskutiert wurde, möglicherweise mit dem Herrn Bezirksvorsteher Strobl, ich weiß es nicht, aber mir ist nicht zu Ohren gekommen, dass mit der Bevölkerung diskutiert worden wäre. Ich habe zu dem Stück auch einen Abänderungsantrag vorbereitet, den ich jetzt vom Motiventext her nicht vorlesen werde, weil er allgemein bekannt ist.

Aber der Antrag lautet: Punkt 7 des Gemeinderatsstückes, Tagesordnungspunkt 41, Lebensraum Mur, Augartenabsenkung wird folgendermaßen abgeändert:

Vorhabensliste BürgerInnenbeteiligung: ja, BürgerInnenbeteiligung vorgesehen für die erste Umsetzungsphase: ja.

Ich bitte Sie, wirklich mit der Bevölkerung vor Ort zu reden, ich bitte Sie, dass Sie das ermöglichen, nehmen Sie sich ein Herz, setzen Sie sich für die Grazerinnen und Grazer ein und stimmen Sie unserem Abänderungsantrag zu (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Abteilung für Grünraum und Gewässer plant seit nunmehr mehr als einem Jahr die Absenkung des Augartens nördlich des Augartenstegs – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Erst am 12. Juni 2018 wurde das Projekt im Bezirksrat Jakomini - ohne Aushändigung von Unterlagen und Plänen - präsentiert. Durch diese Absenkung gehen rund 6.000 m² von der Bevölkerung intensiv genutzter Grünfläche im Bezirk Jakomini verloren, in dem ohnehin bereits ein hohes Grünflächendefizit herrscht.

Dieses Projekt zieht aber noch weitere Veränderungen im Augarten nach sich. So wird beispielsweise der Radweg verlegt, der dann künftig Grünflächen durchschneiden und damit die Bewegungsmöglichkeiten von Kindern einschränken wird. Die Skateranlage soll nach bisherigen Plänen aufgelassen werden, ohne dass ein alternativer Standort in Sicht ist und für den Pavillon gibt es ein nicht näher erläutertes Gastrokonzept.

Argumentiert wird nunmehr, dass eine BürgerInnenbeteiligung aufgrund des hohen Zeitdrucks nicht möglich sei, da die bauliche Umsetzung mit der ZSK-Baustraße, die im Spätwinter 2019 (Zitat DI Wiener) rückgebaut wird, steht und fällt.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, warum das Projekt nicht schon im Sommer 2017 auf die Vorhabensliste der Stadt Graz gesetzt wurde und ein gemäß den Grazer Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung ernstzunehmender Beteiligungsprozess gestartet wurde. Schließlich betrifft das Projekt eine große Anzahl an Grazerinnen und Grazern mit ihren Kindern. Auch trotz des nun verbleibenden

knappen Zeitraumes ist eine BürgerInnenbeteiligung aber bei entsprechendem politischen Willen noch immer möglich und machbar.

Es kann nicht sein, dass den vielen Menschen, die den Augarten nutzen, ein beträchtlicher Teil der Grünfläche entzogen wird, ohne vorab ihren BürgerInnenwillen zu erkunden. Ich stelle daher namens der Grünen – ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Punkt 7 des GR-Stück TO 41 Lebensraum Mur Augartenabsenkung wird folgendermaßen abgeändert:

Vorhabenliste/BürgerInnenbeteiligung

Vorhabenliste: ja

BürgerInnenbeteiligung vorgesehen für die 1. Umsetzungsphase: ja.

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Es ist schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte aber auf die Wortmeldung vom Kollegen Frölich eingehen. Ich weiß nicht, waren wir heute beim gleichen Ausschuss, ich glaube ja (*lacht*), und zwar geht es eben um die 50-%-ige Kostenteilung in diesem Kooperationsvertrag. Diese Kostenteilung ist für den Mur-Masterplan. Das wurde uns heute von der Mitarbeiterin der Holding gesagt und sie hat auch gesagt, dass die Pläne, wie wir sie jetzt für den Augarten haben, nicht in diesem Mur-Masterplan vorgesehen sind, genau. Und auf die Frage also, da sind wir sehr froh, dass wir den Finanzdirektor Kamper haben, der gleich neben Ihnen gesessen ist, neben dir gesessen ist, der auf meine Frage, wie viel wird letztendlich die ESTAG übernehmen? Weil du eben auch gesagt hast, Zuzahlungen sind in Aussicht und alles, man kann es nicht genau sagen,

war eben die Antwort, dass man es nicht weiß und dass man davon ausgehen kann, dass wir letztendlich alles selber zahlen, also diese € 2.700,000,--.

Zwischenruf unverständlich.

Ribo:

...genau, aber man kann auch nicht behaupten, dass 50 % übernommen worden sind, weil das ist einfach eine Verdrehung der Tatsachen, das ist es nicht (*Appl.*). Ja, so viel zu guter Arbeit, Herr Kollege Sippel. Also das ist für mich keine gute Arbeit in diesem Punkt, also das war die Antwort, die Antwort von ÖVP und FPÖ. Ein weiterer Punkt zu guter Arbeit war derjenige, weil das Projekt kommt ja aus euren Reihen, da frage ich mich auch, wieso war es nicht möglich, weil es ist ja schon länger geplant, dass man für den Planungsausschuss und für den Finanzausschuss eventuell Personen einlädt, die auch Fragen beantworten können? Also das gehört für mich auch nicht zu guter Arbeit, weil, wenn eben der Punkt, wie der Kollege Swatek schon gesagt hat, angeführt wird Bootsfahrt, und kein Mensch im Finanzausschuss, und es ist wirklich ein Riesenausschuss, da sind ganz viele Leute drinnen und alle schauen sich irgendwie nur um und keiner kann eine Antwort geben, finde ich nicht gute Arbeit.

Zwischenruf GR. Frölich: Ja, es ist verheerend.

Ribo:

Echt nicht (*Appl.*). Das ist der zweite Punkt und dann noch ein Punkt, den ich noch aufgreifen muss eben. Habt Mut, nein zu sagen, habt Mut, habt Mut, habt Mut. Ja, habt ihr Mut? Es geht darum, wir haben heute berichtet bekommen, dass man schon sehr lange geplant hat, dass man sich Fachmeinungen eingeholt hat und auch die

Antwort: Aber Zeit für eine Bürgerbeteiligung war keine da. Also, habt Mut und sagt einfach, wir wollen keine.

Zwischenruf GR Frölich: Werdet Ihr jemals ja sagen? Ihr sagt nein.

Ribo:

Habt Mut (*Appl.*), weil es kann nicht auf der einen Seite sein, dass man sehr lang plant, die Synergieeffekte nutzen möchte, ist mir auch klar, aber auf der anderen Seite ist die Zeit einfach so kurzfristig, dass Bürgerbeteiligung nicht möglich ist. So viel zu eurem Mut. Danke (*Allgem. Appl.*).

Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber nachdem der Kollege Frölich behauptet hat, ich hätte die Arbeit der Abteilung schlechtgeredet, hat er mich herausgefordert, doch noch an das Rednerpult zu gehen. Lieber Klaus, du brauchst keine Sorge haben, dass du einen Pflasterstein vor deiner Tür hast. Ich hätte ein paar Beruhigungspillen für dich mitgenommen, weil ich glaube, dass es langsam an der Zeit ist, wieder ein bisschen vom Gas runterzugehen, nämlich auf allen Ebenen, weil Speed kills war schon einmal und irgendwie erinnert mich sowohl die Situation im Bund als auch in Graz ein bisschen auch an jene Zeit. Und, ich glaube, dass man da eher in diese Richtung ein bisschen denken sollte. Ich habe die Arbeit der Abteilung auf keinen Fall schlechtgeredet, weil ich den Herrn DI Wiener schon seit vielen, vielen Jahren, Jahrzehnten kann ich fast sagen, kenne, auch aus meiner Arbeit vor dem Gemeinderat als Bezirksvorsteher und ich weiß, dass er und auch seine Abteilung hervorragende Arbeit leistet. Was ich aber kritisiert habe, und dazu stehe ich auch, dass das Konzept für die Schifffahrt, die schon mehrfach angesprochen worden, mehr als oberflächlich

ist, vermutlich eher nur so skizzenhaft vorhanden ist, weil anders ist es nicht zu erklären, dass weder im Planungsausschuss noch im Finanzausschuss irgendwo die Bereitschaft war, da uns nähere Details zu diesem Bereich näherzubringen. Was die Finanzierung betrifft, ist auch schon gesagt worden, die Energie Steiermark hat ja auch, glaube ich, durch ihren Konzernsprecher irgendwo bestätigt, sie zahlen das dazu, was ausgemacht ist, mehr an Potential haben sie nicht. Mag sein, dass umgeschichtet wird, wir hoffen, dass das so geht. Wir würden auch gerne zustimmen, weil du jetzt ja KPÖ und den Grünen vorgeworfen hast, dass sie nie zustimmen würden, auch wenn Bürgerbeteiligung da gemacht werden würde, bei uns wäre es anders. Wir würden sehr gerne zustimmen, weil wir das Kraftwerk immer unterstützt haben, weil wir auch schon durch den ehemaligen Stadtrat Klaus Gartler immer wieder auch für Öffnung der Mur, Murofergestaltung waren. Was uns an dem Projekt einfach enorm stört, ist der Bereich des Augartens, dass da aus unserer Sicht, für uns zumindest, überfallsartig etwas gemacht wird, ohne dass vernünftig darüber geredet wird, wie mit den jetzigen Nutzern dann in weiterer Folge umgegangen wird. Das haben wir bekrittelt, dazu stehen wir. Und deswegen werden wir auch dagegen stimmen. Heißt aber nicht, dass wir uns von dem Projekt verabschieden, sondern das ist jetzt einmal ein Meilenstein, dem wir nicht zustimmen können (*Appl.*).

GR Mag. Egger:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Kollege Haßler. Du solltest nicht so freundlich sein und die Pillen verteilen, du solltest sie vielleicht selbst konsumieren und an deine KollegInnen in der Gewerkschaft weitergeben, ihr habt die dringend notwendig.

Zwischenruf GR Haßler: Da reden wir beim dringlichen Antrag drüber.

Egger:

Ja, da kommen wir eh noch dazu. Der Antrag zur Geschäftsordnung vom Kollegen Dreisiebner heute war ein Ausdruck der Hilflosigkeit, wo man genau spürt, dass ihr mit dem Tempo nicht mitkommt. Dann kommst, wie in jedem Ausschuss, mit der gleichen fadenscheinigen Argumentation daher, wir haben keine Informationen, wir kennen uns nicht aus, das liegt vielleicht an euch, wir müssen noch weiterdiskutieren und dann gibt es Abteilungsvorstände wie Herrn DI Wiener, der, glaube ich, bis auf ganz wenige Frage gestern das exzellent beantwortet hat, exzellent, da kannst da schütteln deinen Kopf, Frau Kollegin Ussner, das war großartig vorbereitet und ich habe es gestern schon gesagt, dieses Projekt wird ja oft so dargestellt, als ob das über das Wochenende formuliert worden ist. Ihr solltet das euch einmal genauer anschauen und ihr solltet euch einmal anschauen, mit wem da alles gesprochen worden ist. Und das dürft Ihr nicht alles wegdrucken. Und was ist eure Antwort? Irgendwo habe ich das da. Da haben wir fake news, war das Stichwort von der Kollegin Pavlovec-Meixner. Seit ein paar Tagen gibt es eine neue Bürgerinitiative „Hände weg vom Augarten“, sinnvollerweise wird gleich der gleiche E-Mail-Account benutzt wie „Rettet die Mur“, ganz kreativ, so kann man Kommunikation auch bündeln und da sind wir dann bei den fake news. Zuerst tun wir eine Bürgerinitiative gründen, dann machen wir einen Folder mit ein paar Unwahrheiten, dann gehen wir Unterschriften sammeln, dann machen wir eine Presseaussendung, dann gehen wir demonstrieren, so wie heute vor dem Landhaus, wo die Kollegin Pavlovec-Meixner dabeigestanden ist, damit waren es gleich acht, herzlichen Glückwunsch (*Appl.*) und dann gehen wir in den Gemeinderat und machen eine Show.

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: Wer macht hier die Show?

Egger:

Für euch ist das alles zu schnell. Ich verstehe das, aber ihr könnt euch beruhigt auf uns verlassen, Bürgermeister Nagl und Vizebürgermeister Eustacchio werden dafür Rechnung tragen, dass dieser Murraum im Augarten eine ganz lässige Geschichte wird (*Lachen im GR-Saal*).

*Zwischenruf GR **Luttenberger**: Das befürchte ich auch.*

Egger:

Ja, ich lade dich ein, dann gehen wir auf ein Picknick dort hin. Ich bringe den Korb mit und du bringst das Getränk. Da werden wir das genießen und dann werden wir die Menschen fragen, wie ihnen das gefällt. Bis wir mit euch fertigdiskutiert haben, haben die dort unten schon eine große Freude. In dem Sinne, danke (*Allgem. Appl*).

Bgm.-Stv Eustacchio:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Sehr launig dargebracht, aber natürlich eine ernste Geschichte, weil wir sind den Bürgern der Stadt Graz verantwortlich und wollen das auch tun. Und die Geschwindigkeit wurde vom Kollegen Egger schon angesprochen. Ja, das mag für euch schwierig sein und weil der Mut angesprochen wurde. Ja, wir sind mutig, weil wir setzen um. Wir setzen auf vielen Ebenen um, wir setzen eben in einer Geschwindigkeit um, wie es für euch halt nicht ganz nachvollziehbar ist, weil zu schnell. Und das eine, was vielleicht wehtut, gerade den Grünen, ist ja, unsere Koalition beschäftigt sich mit Grünraum. Ihr glaubt immer, das ist euer Privileg und ihr habt hier die Alleinmacht oder die Alleinlegitimation, über diese Themen überhaupt zu sprechen. Falsch, falsch, falsch, das geht uns alle was an. Alle Parteien haben sich das auf die Fahne geheftet, alle Parteien wollen hier etwas weiterbringen und natürlich auch wir. Und das, was mich hier in diesem gesamten

Zusammenhang, und da kann der GR Haßler noch dreimal herauskommen und sagen, nein, nein, ich habe nicht die Abteilungen gemeint und ihnen das abgesprochen.

*Zwischenruf GR. **Haßler**: Aber geh!*

Bgm.-Stv Eustacchio:

Doch, das tut ihr. Ihr sprecht ihnen nämlich die Fähigkeit ab, hier Expertisen und Planungen zu vollziehen. Und wir haben tolle Abteilungen mit tollen Menschen, die dort arbeiten. Das ist Grünraum, schon angesprochen, das ist Holding, die natürlich maßgeblich dabei war, das ist die Verkehrsplanung und viele andere Abteilungen mit tollen Menschen detto. Und ihr glaubt oder Teile von euch glauben, ihr seid die Gescheiteren, ihr seid die besseren Planer, ihr seid die besseren Experten, das ist lächerlich. Und das ist anmaßend (*Allgem. Appl.*). Wir haben hier eine große Anzahl von Personen, von Menschen, die hier Expertenwissen haben, die haben das durchgeplant über Jahre, über Monate. Und das ist dabei herausgekommen ...

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ribo**: Ohne Bürgerbeteiligung.*

Bgm.-Stv Eustacchio

... und die Detailplanungen werden noch nachgeschärft und präsentiert werden. Uns geht es darum, diesen Murraum zu gestalten und ich höre und orte primär positive Rückmeldungen. Ich bekomme zu vielen Themen Stellungen, E-Mails, Anrufe. Hier bekomme ich nur positive Rückmeldungen. Macht so weiter, macht das Projekt madig, das spielt uns nur in die Hand. Dafür danke ich euch jetzt schon. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Wieder mein Lieblingssatz nach über 20 Jahren Erfahrung. Nichts Großes passiert ohne Gegenwehr und ich sage ein Riesen-Dankeschön für alle, die in Opposition sind und de facto solche Zettel produzieren. Es war für mich spannend ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner: Warum schauen Sie mich an?

Bgm. Nagl:

Es war spannend. Ich sage es gleich, warum. Es war spannend, dass die Reihenfolge der Argumentation fast 1:1 (*lacht*) übereinstimmt mit dem, was da heute so theatralisch ausgeteilt worden ist und wenn es wirklich ein Fake-News-Gesetz in Österreich geben sollte, dann müssten sich die Grünen wirklich anschnallen, dann könnt ihr wirklich eine verbotene Partei in Österreich werden, bei dem, was ihr da jedes Mal verzapft (*Allgem. Appl.*).

Zwischenruf GR Dreisiebner: Entschuldigen Sie bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm. Nagl:

So und jetzt spreche ich einmal. Ich gehe gerne darauf ein, jetzt müsst ihr ihm auch einmal zuhören. Ich gehe wirklich gerne darauf ein, was da draufsteht. Jetzt fange ich einmal damit an, ja, die Grüne Fraktion tut sich jetzt schon schwer, weil auf die Auwiesen hinunter könnt ihr schon nicht mehr gehen, dort haben wir damals gesagt, habt ihr gesagt, um Gottes Willen und die Auwiesen usw. Heute sind dort so viele Menschen und bis jetzt sieht man euch dort unten nicht, weil die Liebenauer haben uns immer wieder, wenn wir euch eingeladen haben, und wo sind jetzt die Grünen? Und dort stehen Menschen mit Badehosen und im Bikini, liegen dort und genießen den

ganzen Uferbereich. Und die werden das da auch herinnen tun. Aber dass da drinnen jetzt geschrieben wird in diesem Superzettel: „Baden verboten, die Mur ist kein Badegewässer, wird es auch in Zukunft nicht werden, wie in Gössendorf bei den Auwiesen wird auch in Graz das Baden verboten sein.“ Ich habe ja nicht gesagt, dass die da schwimmen gehen. Wir reden von einem Flachwasser, wo man da spielen kann und die Leute ihre Füße hineinhalten werden.

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: Wo steht, dass die Wasserqualität nicht stimmt?

Bgm. Nagl:

Und das passiert jetzt schon im Zentrum auch schon und wird so sein. Und jetzt geht es weiter und da ist mir dann klargeworden, wo die Musik herspielt. Die Mur kann den hygienischen Standard eines offiziellen Badegewässers nicht erreichen. Es wissen alle, dass der Zentrale Speicherkanal puncto Schwebstoffe, in dem, was wir da hineinlassen, um vieles besser werden wird. Ihr habt euch als Grüne Fraktion gegen ein Umweltprojekt ausgesprochen, für das ihr abgestraft worden seid und auch künftig abgestraft werdet. Ihr werdet sehen. Dafür werden immense Investitionen in chemische Reinigungsverfahren nötig. Ja seid mir nicht böse, wer immer das geschrieben hat - chemische Reinigungsverfahren - ja, wie kommt ihr überhaupt auf so eine Idee? Also da muss dir wirklich etwas einfallen.

Schiffahrt statt Straßenbahn, zusätzlich zur Bucht sollen E-Boote die Mur auf- und abfahren, mehrere Stationen entlang des Flusses sind geplant, ob die Boote für Tourismus oder öffentlichen Verkehr gedacht sind, hat sich die ÖVP noch nicht überlegt, trotzdem soll das Projekt beschlossen werden? Wisst ihr, was ich bei der Pressekonferenz gesagt habe? Wo alle begeistert waren, auch die Journalisten und die haben gleich abgestimmt in einem Medium, gleich 77 % Zustimmung, tut weh. Aber mich freut es, dass die Menschen dahinter sind. Und jetzt komme ich dazu. Das ist für den Tourismus angedacht. Ich habe nur gesagt, es könnte auch ein Goody werden für

alle die eine Jahreskarte kaufen, weil dann kaufen sie es sich vielleicht wieder. Viele auch für Busse und Straßenbahnen und die dürfen dann vielleicht auch gratis mitfahren oder vergünstigt mitfahren. Das ist kein ÖV-Strecke. Auf so eine absurde Idee komme ich sowieso nicht und auch nicht meine Volkspartei. Das wird eine Attraktivierung der Sonderklasse. Die Menschen werden grillen, die werden sich freuen, die werden dort spielen, die werden dort Urbanität erleben (*Allgem. Appl.*). Es gibt einen wesentlichen Unterschied zu den Grünen. Ihr wollt anscheinend nicht haben, dass Menschen überhaupt zu dem Fluss hingehen. Entschuldige, ihr wart immer dafür, entschuldige, ihr wart immer dafür, das ist das Grünband der Natur, das ist für die Tiere und nicht für Menschen. Wir haben das größte Naturschutzgebiet ausgewiesen, das kannst suchen gehen in einer Landeshauptstadt im Norden ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner: Das war ein Grüner Antrag.

Bgm. Nagl:

Ja, für euch gibt es nur Anträge. Aber bei uns gibt es Stücke, die etwas bewegen werden und ich sage das so deutlich, weil ich freue mich richtig, wenn das Projekt über die Bühne geht. Die Leute werden sagen: „Was ist denn da überhaupt für ein Zirkus gewesen?“ Die fragen mich jetzt schon, wann fangt ihr mit den Schlägerungen an, dann sage ich, wir sind fertig für den Zentralen Speicherkanal.

Zwischenruf GR Haberler: Das waren Fake-News der Grünen.

Bgm. Nagl:

Noch einmal: Die Menschen werden diesen Lebensraum Mur genießen. Und jetzt komme ich auch zu dieser zweifelhaften Geschichte. Haßler sagt, na der Herr Wiener

ist ein Experte, du gehst raus und sagst, es ist alles eine Schande, es ist eine Katastrophe, wer daran gearbeitet hat. Dieses Stück wurde nicht von der ÖVP und vom Siegfried Nagl vorbereitet. Dieses Stück wurde von Herrn DI Wiener, unseren Fachabteilungen, unseren Damen und Herren, die wir schätzen sollten, vorbereitet. Ähnlich wie mit der olympischen Studie. Freut mich auch, das waren unsere Universitäten, die jeden Tag gelobt werden und die Fachhochschulen und dann gehen unsere selbsternannten Experten her und interpretieren das. Wünsche euch auch viel Spaß auch künftig (*Allgem. Appl.*) Ja, es ist keine Wertschätzung für Menschen, die für uns arbeiten (*Allgem. Appl.*). Herr Klubobmann, ganz offen, du gehst da raus, du bist da hinausgegangen und hast in einer Art und Weise über unsere Mitarbeiter gesprochen, dass mich gefreut hat, dass der Klaus Frölich schon begonnen hat, das wieder hinzustellen.

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: Was macht die FPÖ denn immer, die schimpft immer über die die Verkehrsplanung.

Bgm. Nagl:

Also, ich habe kein schlechtes Wort über die Verkehrsplanung, sondern über die zuständige Stadträtin gehört. Was ist da über die Verkehrsplanung schlechtgeredet worden?

Noch einmal, ich spreche einmal davon, dass dieses Projekt, das wir jetzt diskutieren, ein Projekt ist, das die Grazerinnen und Grazer mehrheitlich freut und zum Schluss, wenn es gebaut ist, richtig Freude machen wird. Und auch da wieder zu sagen, wir haben ja ein paar Anlegestellen, die wir jetzt nicht planen sollen, die müssen wir jetzt planen. Das Konzept zur Schifffahrt ist noch nicht ganz ausgereift, da bin ich bei euch. Eindeutig, aber wenn es wir jetzt nicht bauen, wird es zu gar keinem Konzept mit Schifffahrt mehr kommen. Man braucht einmal Anlegestellen und man braucht auch die Möglichkeit, ein Boot bei einem Hochwasser oder wenn man es warten will, auch

einmal herauszuheben und das ist das, was einmal vorbereitet worden ist. Und dann komme ich noch einmal, weil was da drinnen steht, also das gefällt mir auch darauf, der Zettel da hier: Wir haben einen Flächenverlust, öffentlich nutzbare Fläche wird verbaut und unter Wasser gesetzt. Die Diktion allein gefällt mir schon. Der Spielplatz ist betroffen und müsste verlegt werden. Ja dann machen wir eine Bürgerbeteiligung und ob der Flying Fox oder sonst wo steht, das können wir uns gerne ausreden, da gleich zu behaupten, das wird es alles nicht mehr geben, ist de facto, wenn ich so sagen darf, auch Fake-News für die Bürgerinnen und Bürger, weil da werden sie sich auch noch einbringen können, weil die Idee kommt ja auch von den Bürgerinnen und Bürger, die dort gern sein wollen. Und ob der Hügel dort ist oder ob dort zukünftig in einer Arena, die dort gestaltet wird, auch rodeln kannst, ist nicht einmal debattiert worden. Wir tun ja so, als würde das ein Sperrbezirk, wo keiner mehr hingehen kann. Hallo, meine Lieben, Skandal im Sperrbezirk, wir dürfen kurz mit dem Radl herumfahren und dann kannst du mehr genießen. Jetzt muss man ja schon aufpassen mit den Radfahrern, da kommt kein Kind ohne Eltern zum Wasser und kannst es frei laufen lassen, weil da könnte etwas passieren. Und dann kommt wieder die übliche Keule der Grünen, dafür soll Gastronomie entlang der Mur angesiedelt werden, zugunsten der Wirtschaft wird den GrazerInnen Freizeitraum genommen.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Pavlovec-Meixner**: Wollen Sie mir unterstellen, dass ich das geschrieben habe?*

Bgm. Nagl:

Nein, ich frage jetzt nur schnell ...

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Man könnte sich aber distanzieren ...*

Bgm. Nagl:

Also distanzieren wir uns davon, dann sind wir einer Meinung. Das freut mich.

Zwischenruf StR Hohensinner: Also die Grünen distanzieren sich jetzt öffentlich von dem?

Bgm. Nagl:

Das sind nicht eure? Es ist halt immer wieder dieselbe Diktion, die wir erleben. Und es hilft nichts, die Menschen in unserer Stadt kommen schon drauf, dass viele Bürgerinitiativen nicht mehr von Bürgerinnen und Bürgern gegründet und unterstützt werden, sondern von politischen Fraktionen, im Speziellen von der Grünen Fraktion. Das will ich hier einmal ganz deutlich sagen, damit habe ich alles gesagt was ich sagen wollte. Ich freue mich, wenn dieses Projekt heute beschlossen wird und wir werden auch, wie gewünscht, dann später die Punkte einzeln abstimmen. Ich glaube, das wurde auch so gefordert (*Allgem. Appl.*).

Dreisiebner:

Von Egger, von Frölich, nur um Beispiele zu nennen, bin ich manches gewohnt, Herr Bürgermeister. Aber wenn Sie auf diese Verbindung zwischen fake news und, wenn es das Gesetz gäbe, vom Verbot einer parlamentarisch hier im Gemeinderat gewählten und sitzenden Partei sprechen, dann ist das erstens nicht das Ziel üblicher Gesetze, das sind ganz andere Parameter, warum Parteien zugelassen oder nicht zugelassen bzw. verboten werden. Also, ich ersuche auch in diesem Sinne, aber auch in dem, dass Sie in Ihrer Rede jetzt für mich, für viele andere sehr gespalten haben, als Bürgermeister zu handeln und Menschen, die einer anderen Meinung sind, auch das Recht geben und lassen, sich zu äußern. Soviel dazu (*Allgem. Appl.*)

*Zwischenruf GR **Frölich**: Das macht ihr ja dauernd.*

*Zwischenruf GR **Hötzl**: So wehleidig.*

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Wenn man sich äußert, muss man auch die Kritik ertragen.*

Dreiebnner:

Die Kritik kann ja z. Bsp. in einem Bürgerbeteiligungsverfahren so wie hier auch geäußert werden von jeder Seite. Wie auch immer. Des Weiteren wurde erwähnt, man sei, glaube ich, Vizebürgermeister Eustacchio hat das gesagt, man sei zu schnell für die Opposition (*Lachen im GR-Saal*), nein, machen Sie sich keine Sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ und von der ÖVP unter Umständen auch. Sie sind unter Umständen zu schnell für viele Menschen und das ist auch nicht gut. Sie sollten Menschen mitnehmen. Sie sollten die Kritiker hören, Sie sollten in den Dialog eintreten und nicht nur mit einem Bezirksvorsteher reden oder über eine Online-Abstimmung, wie in großen Tageszeitung dann festhalten, was die Menschen mit dem Augarten haben wollen. Es ist nämlich anders, die dort als Anwohner den Augarten nutzen, von der Jakomini-Seite, wir haben das schon in der Fragestunde heute kurz gehabt, aber auch von der Gries-Seite, die sind selbstverständlich weniger als viele, viele andere in Graz und in der Steiermark. Also diese Abstimmung kann ja gar nicht fair sein und was noch sehr verräterisch ist, dass es einen touristischen Nutzen hat.

*Zwischenruf GR **Stöckler**: Sie sagen, dass es nicht gut ist?*

Dreisiebner:

Das darf ich ja. Ich bin dafür, Tourismusnutzen herzustellen. Aber ich bin nicht dafür, soziale Nutzen, soziales Grün-Nutzen, ökologischen Nutzen dahingehend unter Umständen aufzugeben und da bin ich nicht überzeugt, sondern habe große Bedenken, touristischen Nutzen herzustellen. Und zur Sache, wir sind gegen alles, was an der Mur passiert. Wir haben kein Wort über die vier anderen Bootsanlegestellen gesagt, ausgenommen das Problem mit der Fließgeschwindigkeit im Bereich Kunsthaus, aber auch Augarten, aber wir haben nichts zum südlicheren Bereich gesagt. Wir sind nicht dagegen, dass man die Mur zu den Menschen bringt, wenn es in einem sanften nachhaltigen Bereich passiert, das sei hiermit auch festgestellt.

*Zwischenruf GR **Hötzl**: Also ihr seid doch nicht dagegen, nur ein bisschen.*

Dreisiebner:

In der Hand haben Sie ja nur ein Flugblatt von Demonstranten, von einer Initiative, der Sie noch die politische Vereinnahmung durch wen auch immer unterstellen. Aber machen Sie sich das bitte mit den Menschen aus, die zu dieser Initiative gehören und dass manche auf selbe und ähnliche Schlüsse kommen, weil sie nämlich Gutachten lesen, Wasserhygiene etc., nur ein Stichwort, das kann halt auch passieren, dass die Kollegin Pavlovec-Meixner so etwas liest und dann hier referiert oder dass das auch jemand von einer Bürgerinitiative macht oder jemand, der zu gar keiner Bürgerinitiative gehört. Also dahingehend bitte ein bisschen zurück vom Gas und, wie gesagt, vielleicht noch einmal mehr darüber nachdenken und ein bisschen mit Zwischenberichten arbeiten und nicht Speed kills, wen auch immer, ich hoffe, dass das nicht im wahrsten Sinne des Wortes ist, auch wenn man sich die Grüne Partei ins Verbot wünscht. In dem Sinne, wir können nicht zustimmen, weil da vieles schon sehr, sehr lange bekannt war, intern bekannt war und uns nicht entsprechend kommuniziert worden ist über Zwischenschritte.

*Zwischenruf: GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Geht's dann dort spazieren, wenn es fertig ist.*

Dreisiebner:

Wie auch immer, spazieren oder nicht spazieren, radfahren oder nicht radfahren, der Augarten ist in einem Bereich, wo viel zu wenig soziales Grün vorhanden ist, dort greift ihr hinein und unter Umständen kommt noch weniger soziales Grün heraus ...

*Zwischenruf: GR **Stöckler**: Was ist soziales Grün?*

Dreisiebner:

Ein touristischer Nutzen und dem folgen wir nicht.

Nicht verständliche Zwischenrufe im Gemeinderatssaal (Allgem. Appl.).

Bgm. Nagl:

Herr Klubobmann, ich müsste jetzt fast nachlesen. Ich habe vor vielen, vielen Jahren, der Vorteil ist, wenn man länger dabei sein darf, vor vielen, vielen Jahren den Augarten damals mit dem Walter Ferk umgebaut und ihr kämpft heute für das Projekt, das wir damals gemacht haben und das war gut und es sind alle glücklich. Und jetzt gibt es wieder eine Veränderung und die wird auch gut. Und zum Schluss werden wieder alle Menschen glücklich sein und ich traue mich wetten, wenn in 20 Jahren wieder einmal über den Augarten geredet wird, dann werden wieder alle das verteidigen, was wir jetzt gerade beschließen werden heute. Ich will das nur anmerken, weil ich müsste fast nachlesen, was damals die Fraktionen gesagt haben, wie wir den Vorschlag gemacht haben, den Augarten umzugestalten. Man müsste noch einmal schauen, ich kann mich

nicht mehr erinnern, aber ich nehme an, da wird es auch viel Kritik gegeben haben und heute verteidigen alle von euch das, was wir da tun.

Zwischenruf GRⁱⁿ Robosch: Aber dann ist jede Kritik obsolet.

Bgm. Nagl:

Bitte, nein gar nicht, man kann eh kritisieren. Aber ich würde ganz gerne auch wieder einmal ein bisschen eine Versachlichung haben. Weil, was da ununterbrochen erfunden wird, nicht böse sein, Frau Gemeinderätin. Ich weiß nicht, Sie können es mir mathematisch einmal nachrechnen, wenn sie eine Fläche haben, die durch einen Radweg getrennt ist und niemand an der Murböschung ist. Eine gerade Fläche und Sie schaffen dann eine Arena, die bis in die Mur hineingeht und der Radweg ist dahinter, dann ist das nicht weniger Sozialraum, dann ist das nicht weniger Grünraum, das sind falsche Behauptungen, die aufgestellt werden, die nicht einmal mathematisch halten würden und da würde ich mir anderes gerne wünschen (*Allgem. Appl.*).

Ehmann:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was da teilweise jetzt noch einem repliziert wurde auf Wortmeldungen, die zuvor zum Tagesordnungspunkt selbst stattgefunden haben, das muss ich wirklich klarstellen. Ich wollte mich eigentlich nicht mehr melden. Aber auf Grund der Aussagen auch vom Herrn Bürgermeister, das vom Kollegen Frölich das habe ich ja noch vertragen. Aber jetzt, Herr Bürgermeister, das muss ich jetzt schon ansprechen, zum einen einmal die Klarstellung: Wir haben weder etwas gegen Herrn DI Wiener noch sonst irgendetwas. Was unsere Geschichte war, ist, dass bei den Plänen ...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Die habe ja nicht ich gemacht.

Ehmann:

... noch einmal, bitte zuhören bis zum Ende, dann kann man auch intellektuell folgen.

Nicht verständliche Zwischenrufe im Gemeinderatssaal (Appl.).

Ehmann:

...wenn, wenn, wenn Pläne erstellt werden und die sollen den Menschen dort zur Verfügung gestellt werden und geöffnet werden und die Mur erlebbar gemacht werden und, und, und, dann ist unser Ansinnen und unser persönlicher Zugang auch so seitens der Sozialdemokratie und auch von mir, dass die Menschen die Möglichkeit haben, also von mir aus in Form von Workshops, ich habe es vorhin in der Wortmeldung schon angesprochen, eingebunden zu werden, selber noch etwas einzubringen, ob sie damit überhaupt einverstanden sind, wie auch immer. Man kann über Befragungsmodelle, über alles nachdenken. Jetzt, weiß schon, repräsentative Demokratie usw., ich stehe auch dazu. Aber man kann die Menschen mehr einbinden damit und ich glaube, es gibt eine noch höhere Akzeptanz als man sie vielleicht jetzt hat und auch, wenn du jetzt glaubst, dass eh alle zufrieden sind und alle das super finden, ja dann werdet ihr nächstes Mal 100 % statt 37 % haben. Das wird wahrscheinlich nicht sein. Also das heißt, man muss sich schon überlegen, wie man hier gemeinsam dann vorgeht. Aber was ich wirklich jetzt an dieser Stelle leider sagen muss, das wollte ich eigentlich ersparen. Aber den Umgang mit Beamtinnen und Beamten mir jetzt zu unterstellen, dass ich gegen Beamtinnen und Beamten spreche, dann will ich nur an eine Sitzung erinnern, die hier stattgefunden hat. Ich glaube, das war zu Beginn des Jahres. Wir haben über die Bienenstock-Garage, soweit ich mich erinnern kann, diskutiert, wo sich die Verkehrsstadträtin Elke Kahr erlaubt hat, von

ihrer Abteilung, von ihrem Abteilungsvorstand eine Stellungnahme zum Thema „Bienenstock-Garage“ einzuheben. Diese Stellungnahme ist nicht so ausgegangen, wie es sich da manche gewünscht haben. Und auch nicht, wie es sich der Herr Bürgermeister gewünscht hat. Und da hast du, soweit ich mich erinnere, bitte korrigiere mich, wenn es nicht so war, hier öffentlich im Gemeinderat, diesen Abteilungsvorstand, diesen betroffenen, genannt und hast die Stellungnahme vom ihm, die er auf Grund dessen, weil es Elke Kahr verlangt hat, erstellt hat und eingehoben hat, hast du diesen Beamten hier öffentlich kritisiert in der Gemeinderatssitzung. Und dann erkläre mir nicht bitte, wie man mit Beamtinnen und Beamte umgeht (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Also, was dein Erinnerungsvermögen anbelangt, ist es schon spannend, dass man innerhalb einer halben Stunde ganz was anders versucht zu erklären. Ich werde dir dann das nächste Mal das Protokoll dieser Sitzung zeigen, wo du bei deiner ersten Ansprache hier heute über dieses Thema über die Expertinnen und Experten, die das ausgearbeitet haben, gesagt hast, da war nichts von Bürgerbeteiligung. Da hast du massivst die Menschen kritisiert, die das erarbeitet haben und die verteidige ich und das andere werden wir dann auch gerne nachlesen.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das war genauso.

Bgm. Nagl:

Noch einmal, das schauen wir uns gerne an. Aber das, was da heute passiert ist an Pauschalverurteilungen gegenüber der Beamtenschaft, wenn ich vielleicht auch einmal eine kritische Meinung habe, ist das was anderes, aber du hast da draußen heute Worte verwendet, die den Klaus Frölich und mich, wenn ich so sagen darf, dazu

bewegt haben zu sagen, so kann es nicht gehen. Und jetzt auf Bürgerbeteiligung umzuschwenken. Ich werde das dem Gemeinderat das nächste Mal vorlesen, was du da gesagt hast und dann wirst du dich hoffentlich noch daran erinnern können.

Topf:

Ich komme wieder in die Niederungen eines Technikers herunter. Tut mir leid, wenn ich das wieder ein bisschen fachlich sagen darf. Also, es ist auf jeden Fall nicht richtig, dass der Mur-Masterplan nicht vielfach vorgestellt und diskutiert wurde. Ich war alleine bei zwei oder drei Besprechungen dabei, wo im Zusammenhang mit dem Murkraftwerk ganz eindeutig fachlich fundiert von dem Kollegen Robert Wiener und seiner Mannschaft der Mur-Masterplan in der Form, wie er heute auch als Grundlage dient, vorgetragen wurde. Es ist also nicht so, dass keiner was gewusst hat, dass der Mur-Masterplan diskutiert worden ist. Und das, was heute vorgelegt wurde, ist ein Detailprojekt, das nicht vor irgendjemandem geplant wurde. Ich weiß nicht, hat jemand den Plan überhaupt angeschaut? Das würde mich wirklich interessieren. Ich bin halt eher als Techniker einer, der einen Plan anschaut, das muss ich jetzt zugeben. Aber das ist von einem renommierten Büro in Zusammenarbeit mit unserer Fachabteilung, mit unserer Abteilung Grünraum und Gewässer gemacht worden. Das ist nicht irgendein Büro, das halt eine Nähe zu einem Kraftwerk hätte. Das ist vom Büro Freiland, das kann man ruhig anschauen, gemacht. Das ein renommiertes Büro ist, das gerade in der Grünraumgestaltung die Topposition oder die Topadresse für diese Dinge ist. Das muss man schon sagen. Also, das ist nicht irgendein Plan, der halt von irgendjemanden erstellt wurde. Und was die Grünraumbilanz, das ärgert mich am meisten, das muss ich ganz ehrlich sagen, das hat mich am meisten geärgert, dass man gesagt hat, es geht Grünraum verloren. Das stimmt einfach nicht. Wenn soziales Grün verloren geht, was meinst du damit?

*Zwischenruf GR **Stöckler**: Soziales Grün, was ist das?*

Topf:

Wir haben jetzt die Grünraumausstattung in der Fläche erhalten, wenn nicht sogar mehr als wie jetzt, weil man entsiegelte Flächen hat und weil man natürlich durch die Nähe zur Mur bestimmte Böschungsbereiche und jetzt zum Grünraum dazurechnen kann, weil es gewonnen wird. Also, bitte nicht falsch argumentieren, dass die 6.000 m², ich habe das leider da und dort auch gehört, jetzt verloren gehen. Sondern es ist der Grünraum, der jetzt anders genutzt wird und die zweite Phase, die auch schon angesprochen wird, wird ganz klar im Rahmen einer Bürgerbeteiligung dann stattfinden, wo man tatsächlich die Spielflächen mit den Bürgerinnen und Bürgern, die sich hier einbringen wollen, gestalten kann. Das ist ein ganz klares Wort zu dem Plan, der jetzt vorliegt und der aus meiner Sicht, jetzt bin ich wieder in den Niederungen der Fachlichkeit, super und den Erfordernissen entsprechend auch im Sinne des Mur-Masterplanes und auch der UVP-Auflage gestaltet und ausgearbeitet wurde. Ich bitte um Annahme dieses Stückes (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Punkt 1) Mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ)

Punkt 2) Mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ)

Punkt 3) Mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos)